

Bibelforscher

I. Die Internationale Bibelforschervereinigung

Die numerisch verhältnismäßig, kleine aber in über 200 Ländern¹ vertretene christliche Glaubensgemeinschaft der 'Bibelforscher' oder 'Ernsten Bibelforscher', die seit 1931 unter der Bezeichnung 'Zeugen Jehovas' firmiert, während in Deutschland noch lange die oben genannten älteren Bezeichnungen verwendet wurden, war in den 70er Jahren des vorigen Jahrhunderts im Staat Pennsylvania, USA, entstanden.² 1881 wurde für die Verbreitung von Schriften unter dem Namen „Zion's Watch Tower Tract Society“ – 1896 in „Watch Tower Bible and Tract Society“ (Wachturm Bibel- und Traktatgesellschaft) abgeändert – eine eigene Verlagsgesellschaft gegründet. Mit dem Ziel der Zusammenfassung der Gläubigen erfolgte 1914 in London die Gründung der „International Bible Students Association“ (Internationale Bibelforschervereinigung bzw. Internationale Vereinigung Ernster Bibelforscher, im folgenden IBV). Dieser Schritt bedeutete die endgültige Konstituierung der Glaubensgemeinschaft und führte zur Veränderung ihres Charakters; von einer überkonfessionellen biblischen Bewegung, deren Anhänger vielfach nominelles Mitglied verschiedener Kirchen waren, zu einer eigenen Gemeinschaft.³

In Deutschland nahm die IBV erst zu Beginn dieses Jahrhunderts ihre Tätigkeit auf. Erste kleine Versammlungen bildeten sich im Schwarzwald, im Bergischen Land und in Westfalen.⁴ Einen starken Aufschwung erlebte der deutsche Zweig der IBV nach dem 1. Weltkrieg. Zwischen 1918 und 1926 stieg die Zahl der Bibelforscher von rund 4.000 auf etwa 22.000 Gläubige an. Deutschland entwickelte sich in dieser Zeit neben den USA zu einem Zentrum der internationalen Bibelforscherbewegung. Die Ursachen für diese Entwicklung sind komplex. Die Erfahrung eines 'modernen', letztlich verlorenen Krieges, der Verlust von Angehörigen, soziale Nöte sowie der Umbruch des gesellschaftlichen Gefüges nach 1918 riefen bei vielen Menschen Zweifel an den alten Werten, Überzeugungen hervor und veranlaßten sie, sich neu zu orientieren, nach einem neuen Halt zu suchen. Zudem ging von der Präsentation eines weiteren, sich auf das Jahr 1925 beziehenden Endzeitermins eine große Wirkung aus.⁵ Für das Jahr 1933 wird die Zahl der IBV-Anhänger in Deutschland auf 25.000 bis 30.000 geschätzt.⁶

Wesentlicher Kern ihrer Lehre war und ist der Glaube an die Errichtung eines die Weltgeschichte beendenden tausendjährigen Gottesreiches auf Erden, in das nur jene einziehen werden, die sich zuvor zu Gott Jehova bekannt und sich seinen Anweisungen unterstellt haben. Gestützt auf die biblische Prophezeiung des Daniel und die Offenbarung des Johannes⁷ lehren sie, daß dem unmittelbar bevorstehenden 'goldenen Zeitalter' auf Erden eine Entscheidungsschlacht – die Schlacht von Harmagedon – vorausgehen werde, in der Jehova die Mächte des Teufels vernichtet und in der die Nichtbekehrten der Vernichtung anheimfallen. Diese bevorstehende Entwicklung verlange daher gegenwärtig von jedem Menschen eine Entscheidung: für das ewige Leben oder den immerwährenden Tod. Für die Zeugen Jehovas gilt es deshalb, vor Harmagedon intensive Missionsarbeit zu betreiben, d.h. möglichst vielen Menschen die Botschaft vom Königreich Christi zu verkünden, um diese rechtzeitig für Jehova zu gewinnen und den 'Nichtbekehrten' deutlich zu machen, welche Strafe ihnen droht. In dieser Hinsicht unterscheidet sich ihre Lehre nicht oder nur geringfügig von derjenigen anderer chiliastischer Glaubensgemeinschaften.⁸

Die Annahme, daß der baldige Untergang der irdischen Ordnungen, Regierungen und Nationen bevorstehe, regte die Bibelforscher immer wieder zu Prophezeiungen⁹ über das genaue Datum dieses Ereignisses an. So wurde auch das Datum '1914' als entscheidendes Jahr durch die Kombination verschiedener Bibelstellen ermittelt. Der Ausbruch des 1. Weltkrieges galt als Erfüllung der prophezeiten Schlacht von Harmagedon.¹⁰ Seit diesem Jahr wurde in den Bibelforschertraktaten verstärkt die Zeitenwende verkündet. Seit Mitte der 20er Jahre ging dieses Verkündungswerk mit einer sich zunehmend radikaler artikulierenden Infragestellung der tragenden Säulen der bestehenden Gesellschaftsordnung – der Politik, der Großfinanz, der Kirchen – einher, die in ihrer Gesamtheit als „sichtbare Organisation des Teufels“ gebrandmarkt wurde, während der Papst als „Urgrund des Bösen“ galt.¹¹ Solche Töne waren nicht zuletzt auch Reaktion auf eine in Deutschland vom katholischen Klerus, deutschen nationalen Kreisen der evangelischen Kirche und von völkischen Gruppen entfachten Propaganda gegen die Bibelforscher, deren rasches Wachstum, ihr missionarischer Eifer als bedrohlich, insbesondere jedoch die Prophezeiung der baldigen Vernichtung der irdischen Mächte durch Jehova zu Unrecht als von der IBV betriebener Umsturzplan interpretiert wurden.

Mit dem Ziel ihrer Diskreditierung und für die interessierte Öffentlichkeit im Zeitalter der russischen Revolution sowie in Anbetracht der von der Bibelforscherlehre verkündeten Schaffung eines „Friedensreiches ohne Klassen- und Rassenschränken auf Erden“, wiesen insbesondere einzelne völkische Publizisten wie Alfred Rosenberg auf die vermeintlich geistige Verwandtschaft der Lehre mit der kommunistischen Ideologie hin. Zugleich deckten sie angeblich der logistischen Unterstützung dienende Verbindungslinien zwischen Bibelforschern, Juden und Freimaurern auf. Bereits der Name 'Internationale Bibelfor-

schervereinigung' diente ihnen als Beleg einer politischen Tätigkeit im Sinne der verhaßten 'Internationale', und die Unterordnung ihrer Mitglieder unter die 'Watch Tower Zentrale' in New York und ihren dort amtierenden Präsidenten war für sie der Beweis, daß Bibelforscher einer ausländischen Macht dienten.¹² Dieser Diskreditierungskurs sollte auch die spätere Verfolgung dieser Gruppe prägen.

Im Gefolge seit 1930 immer lauter werdender Forderungen nach einem staatlichen Einschreiten gegen die Bibelforscher kam es zu zahlreichen Gerichtsprozessen vor allem wegen Verunglimpfung der Religion und unbefugten Hausierens. Druckschriften wurden beispielsweise in Bayern, Württemberg und Baden polizeilich verboten, eingezogen und bis auf das letztgenannte Land ohne zeitliche Begrenzung einbehalten. Für Lippe lassen sich derartige Aktivitäten nicht nachweisen.¹³ Ein Teil der Einschränkungen blieb trotz der in der Reichsverfassung garantierten Religionsfreiheit bestehen, gleichwohl hatte die an die Weimarer Reichsregierung herangetragene Forderung nach Auflösung der Glaubensgemeinschaft keinen Erfolg.¹⁴

Bibelforscher lehnten die ihrer Bibelauslegung widersprechenden weltlichen Anforderungen ab, wie etwa Wehr- und Kriegsdienst, Wahlen, parteipolitische Arbeit oder Gesetze, die sie in ihren Pflichten als Bürger der im Kommen befindlichen 'neuen Welt' behinderten. Sie fühlten sich zur politischen Neutralität strikt verpflichtet, die jedoch die gewissenhafte Befolgung staatlicher Gesetze nicht ausschloß.¹⁵ Diese Konzeption einer „Eigenstaatlichkeit“, wie der deutsch-kanadische Historiker Michael Kater formulierte,¹⁶ die seit Ende der 20er Jahre unter dem Einfluß des 2. Präsidenten der IBV, Rutherford, besonders betont wurde, empfand vor allem der NS-Staat mit seinem Totalitätsanspruch als Herausforderung, der in seinem Bemühen um die politische Indoktrination der Bevölkerung und den Erhalt seiner Macht keine nach eigenen politischen wie religiösen Vorstellungen und Geboten handelnde Gruppen tolerierte. Dieser Anspruch erzeugte bei Bibelforschern eine zwar nicht umstürzlerisch, aber dennoch eine religiös motivierte radikale Ablehnung des Systems. So wurden sie als erste Religionsgemeinschaft¹⁷ zwischen April 1933 und April 1935 zunächst auf Länder-, schließlich auch auf Reichsebene verboten.

Am 10. April 1933 begann auf Länderebene die Serie der 'Bibelforscherverbote'. Als erstes Land erließ Mecklenburg-Schwerin ein Verbot, ihm folgte drei Tage später Bayern. Mitte Juni war die IBV in den meisten Ländern des Deutschen Reiches verboten oder mit verbotsähnlichen Einschränkungen belegt. Ausnahmen bildeten u.a. Preußen, auf dessen Boden, nämlich in Magdeburg, sich die Zentrale der IBV befand, sowie Lippe.¹⁸ Während Preußen am 24. Juni folgte, erging 'erst' am 3. Juli durch die Lippische Landesregierung ein Verbot, welches mit gleichem Datum in Kraft trat.¹⁹ Danach waren die bestehenden Ortsgruppen aufzulösen und die von der IBV herausgegebenen Druckschriften verboten. Bei Zuwiderhandlung wurde Gefängnis nicht unter

einem Monat oder eine Geldstrafe von 150 bis zu 15.000 RM angedroht.²⁰ Zwei Tage später informierte die Lippische Landeszeitung unter der Überschrift „Bibelforscher in Lippe verboten“ die Leserschaft über die Anordnung.²¹ Die Verbote basierten auf der Grundlage der Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutz von Volk und Staat, der sogenannten ‘Reichsbrandverordnung’ vom 28. Februar 1933,²² nach der die Bibelforscher, wie auch andere mißliebige Personen und Gruppierungen, als kommunistische staatsgefährdende Gewalttäter und somit als Staatsfeinde stigmatisiert wurden.

Am 1. April 1935 ordnete der Reichs- und Preußische Minister des Innern schließlich ein endgültiges Verbot der IBV an, das die bisher geltenden Länderverbote ersetzte. Die im Herbst 1933 von der US-Diplomatie auf Drängen der New Yorker Watch-Tower-Zentrale in Preußen durchgesetzten Verbotsmilderungen, die der ‘Wachturmgesellschaft’ eine eingeschränkte Wiederaufnahme ihrer Arbeit ermöglicht hatten, waren damit hinfällig. Von nun an standen nicht nur die Herstellung und der Vertrieb von Schriften, sondern auch jegliche Betätigung im Sinne der Glaubensgemeinschaft unter Strafe. Zudem war das Gesamtvermögen der IBV endgültig beschlagnahmt. Der seit Anfang 1933 von der Magdeburger Leitung gegenüber der Verfolgungsbürokratie betriebene Verhandlungskurs²³ war damit gescheitert. Die zuletzt von Teilen der Bibelforscherbewegung und der New Yorker Zentrale dabei vollzogene Abkehr vom Bemühen um einen Ausgleich bei gleichzeitigem Einschwenken auf einen Konfrontationskurs hatte die Einführung des endgültigen ‘Bibelforscherverbots’ beschleunigt.²⁴

II. Zur Größe der lippischen Bibelforschergemeinschaft und der Berufsstruktur ihrer Mitglieder

Das lippische Bibelforscherverbot betraf nach vorsichtiger Schätzung 100 bis 200 Mitglieder. Ein 1936 von der Außenstelle Detmold der Gestapostelle Bielefeld für den Reichsstatthalter für Lippe und Schaumburg-Lippe erstelltes Personenverzeichnis über die im „Bereich des Landes Lippe wohnenden Bibelforscher“ weist 156 Namen auf²⁵. Von ihnen gehörten 98 Personen dem Kreis Detmold und 58 Personen dem Kreis Lemgo an.²⁶ Nach dem Gesamtverzeichnis verteilte sich die Mehrzahl der Bibelforscher auf folgende lippische Gemeinden: Blomberg: 29 Personen, Pivitsheide VL: 18 Personen, Pivitsheide VH: 5 Personen, Pivitsheide: 1 Person, Horn-Bad-Meinberg: 19 Personen, Lemgo: 11 Personen, Detmold: 9 Personen sowie Bad Salzuflen: 6 Personen. Die übrigen 58 lebten verstreut in anderen Orten. Zu den 156 insgesamt Erfassten müssen für das gleiche Jahr noch mindestens 22 weitere Bibelforscher gezählt werden, deren Namen und Personenangaben Quellen unterschiedlicher Provenienz sowie auf die Region bezogener Literatur entnommen wurden.²⁷

Unter den 156 als Bibelforscher benannten Personen sind auch Eheleute und Kinder mitaufgeführt, die im Einzelfall der Glaubensgemeinschaft in keiner Weise nahestanden, d.h. sie besuchten weder die Versammlungen, noch waren sie aus einer der beiden großen Kirchen ausgetreten, noch waren sie getaufte Mitglieder, noch bezeichneten sie sich selbst als 'Bibelforscher' oder 'Zeugen Jehovas'. Nach einer Befragung von noch lebenden Zeitzeugen der Gemeinschaft sowie ihren Angehörigen sind wenigstens 9 der 156 Personen als nicht zur Bibelforscherbewegung gehörend einzuordnen.²⁸ Da unter den Bedingungen des Nationalsozialismus – abgesehen von den ersten Jahren – kaum noch missioniert wurde, gilt der für Lippe oben angegebene quantitative Rahmen bis für das Jahr 1936, in dem die großen reichsweiten Verhaftungsaktionen anliefen. Für die Zeit danach ist, vor allem für die Kriegsjahre, von einer reduzierten Zahl von Gläubigen auszugehen.

Der über den eigentlichen Kreis dieser 'Staatsfeinde' hinausgehenden Erfassung von zum weiteren Umfeld gehörenden Personen und 'Zweifelsfällen' durch die Verfolgungsbürokratie lag ein präventives Kalkül zugrunde. Im Gegensatz zu Verfolgengruppen, die aus 'rassenanthropologischen' und '-hygienischen' Gründen verfolgt wurden, wie etwa Juden, 'Zigeuner', 'Asoziale' und 'Kriminelle', verfügten Bibelforscher in den Augen einiger Verfolgungsbürokraten über ein gewisses Sozialprestige. Zu deren Leidwesen entsprachen sie in Teilen dem Idealbild des 'Deutschen Volksgenossen', da sie geforderte Tugenden wie etwa Familienbindung, Disziplin, Fleiß, Aufrichtigkeit, aber auch Glaubensstärke verkörperten. So beabsichtigte denn auch Himmler unter dem Druck der Kriegsergebnisse, die positiven Eigenschaften in Konzentrationslager inhaftierter Bibelforscher für eigene Interessen zu mobilisieren und damit die 'Bibelforscherfrage' mehr von einem pragmatischen denn von einem ideologischen Standpunkt aus anzugehen.²⁹

Die lippische Bibelforschergemeinde war größer als zwei auf der Grundlage von rund 700 Einzelfällen der Sondergerichte Dortmund und Bielefeld erstellte neuere Statistiken über die regionale Häufigkeitsverteilung bzw. geschlechtsspezifische Verteilung westfälischer Bibelforscher suggerieren.³⁰ Auch ist fraglich, ob das in dem statistischen Zahlenwerk deutlich werdende numerische Ungleichgewicht zwischen dem ostwestfälisch-lippischen Raum und dem westfälischen Teil des Ruhrgebiets realiter so deutlich ausfiel.³¹ Neben den allgemeinen sozialökonomischen und psychologischen Faktoren waren für die Entstehung der lippischen Bibelforschergemeinschaft und deren Zuwachs der in Lippe dominierende Protestantismus mit seiner im Verhältnis zum Katholizismus tendenziell geringeren Bindungskraft sowie freikirchliche Einflüsse ausschlaggebend.

Die Glaubensgemeinschaft wurde von einigen Historikern als „Arme-Leute-Religion“ und somit als weitgehendes Unterschichtphänomen bewertet.³² Ihrer Auffassung widerspricht jedoch der für Lippe vorliegende statistische Befund.

Anhand der erwähnten Gestapostatistik, in der auch die Berufe der Erfaßten genannt sind, und anderer Quellen³³ läßt sich feststellen, daß zumindest Mitte der 30er Jahre der soziale Schwerpunkt eindeutig in der Unterschicht *und* der unteren Mittelschicht lag. Zudem zählten zur lippischen Bibelforschergemeinde auch einige Angehörige des Mittelstandes. Von 152 Bibelforschern – darunter 62 Frauen – betätigten sich 41 als Gelegenheits-, Land-, Fabrik- und einige wenige als Facharbeiter. 19 arbeiteten als angestellte Handwerker, 21 als Selbstständige.³⁴ Die zweitgrößte Gruppe stellten die Haus-, bzw. Ehefrauen mit 39 Personen. Bei den übrigen 32 Personen handelt es sich um Witwen (10), Invaliden und andere Wohlfahrtsempfänger (7), Personen ohne Beruf (6), Angestellte (4), Rentner(innen) (3), Beamte der unteren/mittleren Laufbahn (1) und Hausangestellte (1). Nach der Statistik war der Grad der Erwerbstätigkeit der Frauen niedrig (8), was jedoch keineswegs auf eine auch tatsächlich geringe Notwendigkeit zum Zuverdienst hindeutet. Gerade in Lippe hatte sich ein gewerbliches Selbstversorgungssystem, d.h. die Bewirtschaftung einer kleinen Landwirtschaft zum Zwecke des Nebenerwerbs oder der wirtschaftlichen Selbstversorgung ausgeprägt.³⁵ Es ist daher davon auszugehen, daß ein Teil der als Haus- bzw. Ehefrauen Rubrizierten sich auch auf diese Weise betätigte und somit zum Lebensunterhalt der Familien beitrug. Die Berufs- bzw. Sozialstruktur lippischer Bibelforscher war wesentlich durch den von kleinbäuerlicher Landwirtschaft, Handwerk, aber auch fortschreitender Industrialisierung gekennzeichneten Lebensraum geprägt und entsprach daher in etwa derjenigen der übrigen lippischen Bevölkerung.³⁶

III. Die Verfolgung in Detmold und Lippe

Bereits im Vorfeld des lippischen Bibelforscherverbots verhafteten Mitte April Gendarmerie- und Polizeibeamte, unterstützt durch Hilfspolizisten, Angehörige des Bibelforscherkreises in Horn-Bad Meinberg. Wie die Lippische Landeszeitung berichtete, legte man ihnen zur Last, pazifistische Schriften in der Reichswehr unterbringen zu wollen. Zudem hätte nach Angaben der Polizei ein Teil dieser Gruppe eine kommunistische Vergangenheit. Diese Mischung aus Vorwurf und Verdächtigung erwies sich als haltlos. Noch am gleichen Tag mußten die in Detmold Inhaftierten wieder freigelassen werden. Die rasche Entlassung aus dem Polizeigewahrsam wurde mit dem Hinweis auf eine nicht bestehende Fluchtgefahr erklärt.³⁷ Tatsächlich ging es der Polizei und letztendlich der lippischen Landesregierung unter dem Eindruck der einsetzenden Welle von Länderverboten darum, die Bibelforscher in ganz Lippe mit dieser Aktion einzuschüchtern, sie zur raschen Einstellung ihrer Glaubensversammlungen, ihres Predigtdienstes und der Verbreitung ihrer Publikationen zu zwingen; ein Unterfangen, das insgesamt scheiterte.

Das lippische Bibelforscherverbot stellt zwar nicht den Auftakt zu einer systematischen Verfolgung dar, dennoch beeinträchtigte es im gleichen Jahr die Arbeit der Organisation und war Anlaß für Ausschreitungen gegenüber einzelnen Gläubigen. So wurden Zeitschriften, Bücher sowie das Inventar der einzelnen Gruppen beschlagnahmt. Während die Publikationen bei den Ortspolizeibehörden verwahrt wurden, gaben diese auf Anordnung der Landesregierung das Inventar an Behörden ab.³⁸ Ferner ist es möglich, daß es bereits im Zusammenhang mit der Reichstagswahl vom 5. März und der Volksabstimmung vom 12. November, bei der es um den Austritt des Deutschen Reiches aus dem Völkerbund ging, in Einzelfällen zu einem ersten offenen Konflikt mit Vertretern des Regimes, insbesondere der SA und anderen Parteiformationen, kam. Ein solcher Konflikt läßt sich zumindest für das Jahr 1936 belegen, als am 29. März anläßlich einer Scheinwahl SA-Leute in die Wohnungen von Bad Meinberger Bibelforschern eindrangen und sie unter massiven Drohgebärden aufforderten, in den Wahllokalen zu erscheinen. Da diese sich dennoch hartnäckig weigerten, organisierte die NSDAP vor Ort am 4. April – einem Sonntag – eine ‘spontane’ Kundgebung, an der nach Angaben des Ortsgruppenleiters Tölle bis zu 150 jüngere und ältere Meinberger Bürger teilgenommen hätten. Unter Rufen wie ‘Vaterlandsverräter’ und mit eindeutigen Drohgebärden zog der Mob vom Haus eines Bibelforschers zum nächsten. Damit nicht genug; rund eine Woche später wurde ein Vorschlag Tölles vom Kreisleiter der Partei, Adolf Wedderwille,³⁹ und der Gestapo-Außenstelle Detmold für gut befunden, und daraufhin wurden (mindestens) die Mehrzahl der Meinberger Bibelforscher aufgrund ihres ‘volksverräterischen’ Verhaltens vorübergehend in sogenannte ‘Schutzhaft’ genommen.⁴⁰ Diese Bad Meinberger Ereignisse gehen maßgeblich auf das Konto der Profilierungssucht Tölles, der wie nicht wenige seiner örtlichen Parteikollegen im Reichsgebiet bei Wahlen ein 100% - Resultat anstrebte.⁴¹ In dieses gesteuerte Klima des Hasses und der Ausgrenzung waren auch Meinberger Schulen miteinbezogen, an denen gegen Bibelforscher gehetzt wurde. Diese Art von ‘Unterricht’ hatte beispielsweise zur Folge, daß Schüler wiederholt das Haus des Schuhmachers W. mit Steinen bewarfen. Die verschreckte Kundschaft blieb größtenteils aus. Die Mutigen schlichen sich erst bei Dunkelheit in das Geschäft, um dringende Schuhreparaturen durchführen zu lassen.⁴²

Die Wahlenthaltungen lippischer Bibelforscher, die von Ortsgruppen der Partei und Parteiformationen der Kreisleitung⁴³ und über diese vermutlich der Detmolder Gestapo mitgeteilt wurden, mündeten nicht nur in einen parteilich dekretierten Zorn, der sich auf der Straße austobte, sondern führten in Einzelfällen auch zu einer Gefährdung oder gar Vernichtung der wirtschaftlichen Existenz. So veranlaßte der Detmolder Kreiswaller der ‘Deutschen Arbeitsfront’ unter Einschaltung der Kreisleitung, daß der bei dem Detmolder Matratzen-Hersteller Hermann Schnittger beschäftigte August W. entlassen wurde. Wenig-

ger der Hinweis auf die Mißachtung der Wahl-*'Pflicht'*⁴⁴ W.s und seiner Zugehörigkeit zu den Bibelforschern als vielmehr der drohende Ton des Kreisleiters scheint den Firmeninhaber beeindruckt zu haben. Irritiert zeigte sich das Detmolder Arbeitsamt, das im Gegensatz zur Partei in dieser Angelegenheit rationalen Argumenten folgte. Es bat um Mitteilung, ob noch andere Gründe zur Entlassung W.s beigetragen hätten.⁴⁵

Es bedurfte jedoch nicht (immer) eines konkreten Anlasses. Solch ein Anlaß konnte, abgesehen von der Betätigung für die IBV, auch die Weigerung zur Ableistung eines Beamten- oder anderen Dienstoides, die Nichtteilnahme an Betriebsappellen, die Ablehnung des Beitritts zur *'Deutschen Arbeitsfront'* oder die Verweigerung des Hitlergrußes sein, der von Bibelforschern als Menschenverherrlichung und zugleich als Gotteslästerung empfunden wurde.⁴⁶ Allein ihre Zugehörigkeit zu den Bibelforschern reichte in manchen Fällen aus, um sie insbesondere aus dem öffentlichen Dienst zu entfernen.⁴⁷ So wurde der lediglich stundenweise beim Postamt in Pivitsheide beschäftigte Fritz B. auf Druck der Kreisleitung vom Postamt Detmold entlassen, obgleich die Personalleitung bedauernd feststellte, daß solche Teilaushilfen nicht leicht zu bekommen seien. Dem Amt genügte jedoch die Feststellung der Kreisleitung, daß B. *'Ernster Bibelforscher'* sei und sich in der Bewegung sehr hervorgetan habe.⁴⁸ Mehr Schwierigkeiten bereitete der Kreisleitung hingegen die *'Entfernung'* des bei der Postagentur Lüdenhausen angestellten schwer kriegsbeschädigten Posthelfers Hermann B. Während der für den Bezirk Lippe zuständige *'Verband der Nationalsozialistischen Kriegsopferversorgung'* sich mit dessen *'Entfernung'* und dem gleichzeitigen Ersatz durch einen *'bedürftigen alten Kämpfer'*⁴⁹ – einen SA-Mann – bereiterklärte, genügte der Abteilung Minden der Reichspostdirektion Münster die Begründung *'Bibelforscher'* nicht. Sie bat, noch ganz traditionellem Verwaltungsdenken verhaftet, um ausführliche Mitteilung, weshalb B. als politisch unzuverlässig zu gelten habe, und verwies darüber hinaus auf die Notwendigkeit einer bei Schwerkriegsbeschädigten einzuholenden Zustimmung der Hauptfürsorgestelle beim Landeshauptmann der Provinz Westfalen.⁵⁰ Der Ausgang des Verfahrens ist nicht überliefert.

Der öffentliche Dienst wurde akribisch nach beamteten Bibelforschern überprüft, die bei ihren Kollegen und Vorgesetzten zumeist als zuverlässige Bedienstete galten.⁵¹ Auf Anordnung des Führers der Landespolizei Detmold vom 30. August 1934 waren die Bürgermeister und Amtmänner des Kreises Lippe gehalten, binnen 20 Tagen über den Landrat in Detmold mitzuteilen, welche Beamte der IBV angehörten bzw. angehört hatten.⁵² Für Blomberg ist das Resultat der Nachforschung überliefert. Danach konnte kein Bibelforscher festgestellt werden. Dieses Resultat erschien der Blomberger Verwaltung als derart mager, daß sie eilfertig mit dem Hinweis auf die Ehefrau eines beim dortigen Postamt beschäftigten Angestellten aufwartete, die als ehemaliges IBV-

Mitglied bekannt war. Des weiteren unterstellte die Verwaltung dem Angestellten Sympathien für die Glaubensgemeinschaft, da man vor geraumer Zeit in der Wohnung der beiden einschlägige Zeitschriften beschlagnahmt hatte.⁵³

Die nahezu ausnahmslose Entlassung von Bibelforschern aus dem öffentlichen Dienst, die in der Mehrzahl der Fälle auf der Grundlage des „Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums“ erfolgte,⁵⁴ genügte einigen 'Scharfmachern' nicht. Im Jahr 1936 wurde in der NS-Presse sogar ihre Entfernung aus sämtlichen deutschen Betrieben gefordert. Zunehmender Arbeitskräftemangel, aber auch der persönliche Einsatz von Betriebsleitern und Firmeninhabern zu ihren Gunsten – nicht zuletzt aufgrund ihrer Zuverlässigkeit – ließ diese Forderung verstummen.⁵⁵

Nach einer vollzogenen Entlassung konnten sich weitere Formen gezielter Existenzgefährdung und -vernichtung durch Behörden anschließen, die auch lippische Bibelforscher betrafen. Vielfach lehnten Arbeitsämter die Vermittlung in eine andere Arbeit ab.⁵⁶ Ein Ausweichen in die berufliche Selbständigkeit wurde durch die Verweigerung der Aushändigung von Gewerbescheinen oder durch deren Widerruf unmöglich.⁵⁷ Hinzu kamen die Konfiszierung von Privateigentum, die Streichung und Kürzung von Renten und Pensionen sowie die generelle Verweigerung von Arbeitslosenunterstützung. Selbst die 'Wohlfahrtsunterstützung' wurde ihnen verwehrt, so daß im schlimmsten Fall lediglich die kargen Mindestsätze der Fürsorgeverbände blieben.⁵⁸ Den Anstoß zu einer Streichung der Wohlfahrtsunterstützung für lippische Bibelforscher erfolgte durch die Gestapo-Außenstelle Detmold. Anlässlich der Verhaftung einer Bibelforscherin aus Bad Salzuflen wies diese in einem Schreiben an Wedderwille vom 19. November 1936 auf die Notwendigkeit hin, zum einen in nationalsozialistischen Versammlungen die von der IBV für die Bevölkerung und damit für den Staat ausgehenden Gefahren deutlich zu machen und zum anderen zu prüfen, ob „die Herren Bürgermeister und Landräte nicht angewiesen werden können“, zukünftig die Anträge auf Wohlfahrtsunterstützung von 'Ernsten Bibelforschern' „rücksichtslos abzulehnen“. Es gehe nicht an, daß die „fanatischen“ Bibelforscher Wohlfahrtsunterstützung vom Staate beziehen, während sie auf der anderen Seite dem Staat gegenüber ihre Pflicht nicht erfüllen würden. Wie immer und immer wieder festgestellt werden müsse, hätten sich die Angehörigen der IBV an der am 29. März 1936 durchgeführten Wahl nicht beteiligt und seien daher auch als Gegner des heutigen Staates anzusehen.⁵⁹ Diese Politik der 'wirtschaftlichen Ausblutung'⁶⁰ stellte die Betroffenen vor die Wahl, entweder materiell zugrunde zu gehen oder ihrem Glauben abzuschwören.

Neben der wirtschaftliche Existenzgefährdung bzw. -vernichtung und anderen Repressionsmitteln kann man auch die behördlich angeordnete Trennung von Kindern und ihren Eltern nicht nur als Indiz für eine Verfolgung der Bibelforscher lesen, sondern als staatlich organisierten Kinderraub⁶¹ bezeichnen. Mit

dieser Zwangsmaßnahme wurden zweierlei Ziele verfolgt: zum einen sollten die Kinder dem unerwünschten Einfluß der Eltern entzogen werden, um sie im Sinne der NS-Weltanschauung zu erziehen, zum anderen wollte man auch mit dieser Maßnahme die Eltern oder wenigstens einen Elternteil zur Aufgabe ihrer Überzeugung zwingen. Dabei konnten sich Schul-, Jugendämter und Gerichte eines schon vorhandenen gesetzlichen Instrumentariums bedienen, das von der sogenannten 'Schutzaufsicht', die in der Praxis eine Überwachung der elterlichen Erziehung durch Jugendamt bzw. Fürsorgerin bedeutete, über die Entziehung des Sorgerechts bei gleichzeitiger Anordnung einer Amtsvormundschaft bis hin zur Fürsorgeerziehung reichte, wobei die Schutzaufsicht über die Jahre immer seltener Anwendung fand.⁶²

Diese Form von Kinderraub läßt sich für Lippe belegen. So unterlag seit geraumer Zeit eine Frau H. aus Pivitsheide VL mit ihren beiden Töchtern wie auch die Familie ihrer Schwägerin der Überwachung durch das Amt für Volkswohlfahrt des Kreises Lippe – Abteilung Wohlfahrt und Jugendhilfe in Detmold. Das besondere Augenmerk der Abteilung galt dabei der Glaubenshaltung beider Familien sowie der Erziehung der Kinder. Gegenüber 'ihrem' Ortsgruppenleiter, der von der Kreisleitung beauftragt worden war, der Mutter 'klar zu machen', daß sie dem Staat gegenüber verpflichtet sei, ihre Kinder im nationalsozialistischen Sinne zu erziehen, lehnte sie diese Aufforderung ab und äußerte zugleich aus Verzweiflung, daß sie mit den Kindern lieber „zusammen auf der Totenbahre liegen“ wolle. Daraufhin nahm man ihr die Töchter und verbrachte diese getrennt in Kindererziehungsanstalten.⁶³ Rund zwei Jahre später wurde die ihrer Kinder beraubte Bibelforscherin in, wie es offiziell hieß, 'Polizeigewahrsam' genommen und teilte damit das Schicksal ihres bereits geraume Zeit zuvor in das Konzentrationslager Buchenwald gebrachten Ehemannes.⁶⁴

Im Gefolge einer vom 7. bis zum 9. September 1934 stattgefundenen Bibelforschartagung in Basel, an der auch zahlreiche deutsche Mitglieder teilgenommen hatten, wurde ungeachtet aller Verbote und gegen den in den eigenen Reihen umstrittenen Verhandlungskurs der deutschen IBV-Leitung auf Geheiß der New Yorker Zentrale unter völliger Fehleinschätzung der innenpolitischen Situation im Reich das 'Verkündigungswerk' in vollem Umfang wiederaufgenommen. Die New Yorker Zentrale ordnete etwa alle zwei Monate sogenannte Dienstwochen an, in denen in großem Umfang von Tür zu Tür missioniert werden sollte. Diese 'illegalen' Aktivitäten sind für das Reichsgebiet und im besonderen für Westfalen nachgewiesen.⁶⁵ Es ist davon auszugehen, daß dieser Missionsdienst auch in Lippe durchgeführt worden ist. Nicht zuletzt aufgrund des hohen Risikos, das die Bibelforscher damit eingingen, verhaftete die Polizei reichsweit zahlreiche von ihnen.⁶⁶ Trotz zunehmenden Verfolgungsdrucks wurden für einige Reichsteile Missionserfolge registriert, die jedoch in Relation zur Zeit vor 1933 bescheiden ausfielen.⁶⁷

Im Vorfeld eines für den 4. und 7. September 1936 anberaumten internationalen Kongresses in Luzern (Schweiz), welcher der Aufklärung der Öffentlichkeit über die Verfolgung der deutschen Glaubensbrüder sowie der Intensivierung des Protests dienen sollte, lief im Reichsgebiet die erste umfassende Verhaftungswelle an. Sie begann jedoch nicht erst im Anschluß an die am 24. August erfolgte Verhaftung des stellvertretenden IBV-‘Reichsleiters’ für Deutschland, Fritz Winkler,⁶⁸ sondern kam zumindest bereits im April im Bezirk der Bielefelder Gestapostelle in Gang.⁶⁹ Im Zuge dieser „systematischen Aufrollung“ des IBV-Apparates im Bezirk wurden 122 Personen festgenommen, von denen man 76 Personen vorübergehend in ‘Schutzhaft’ nahm. Dieser ‘Aufrollung’ waren Einzelfestnahmen vorausgegangen, die anscheinend die für das umfassende Vorgehen notwendigen Ermittlungsergebnisse erbracht hatten. Unter den Festgenommenen befand sich auch der für Lippe zuständige IBV-‘Dienstleiter’ Heinrich Holste aus Pivitsheide VH sowie 15 weitere namentlich nicht genannte Mitglieder.⁷⁰ Die Festnahmen gingen mit umfangreichen Durchsuchungen einher, bei denen nach Angaben der Bielefelder Gestapo insgesamt etwa 25 Zentner einschlägige Druckschriften beschlagnahmt wurden.⁷¹ Die Verhafteten erwartete ein Verfahren vor dem beim Landgericht Dortmund eingerichteten Sondergericht.

Der Gestapo fielen im Rahmen der Verhaftungswelle vom August/September reichsweit über eintausend IBV-Angehörige – darunter zahlreiche Schlüsselfunktionäre – in die Hände.⁷² Dennoch bedeutete dieser Gestapoeinsatz nicht das Ende der IBV und ihrer Organisation im Reich und damit auch nicht in Lippe. Um einer Zerschlagung der Organisation durch die Festnahme weiterer Funktionäre vorzubeugen und sich den Bedingungen der Illegalität besser anzupassen, wurde eine Reorganisation der 13 im Reichsgebiet bestehenden Bezirke durchgeführt. In den größeren Bezirken installierte man Unterbezirke. Jeder Bezirk oder Unterbezirk wurde in Hauptgruppen und Gruppen unterteilt, die sich in Untergruppen und Zellen gliederten, die in der Regel aus drei bis sechs Personen bestanden. Des weiteren erhielt jeder höhere Funktionär einen Stellvertreter zur Seite und war damit im ‘Ernstfall’ ersetzbar.⁷³ Neben dieser verfeinerten Struktur wurden aus der Erkenntnis heraus, daß alle Bibelforscher bzw. ‘Zeugen Jehovas’ gleichermaßen ‘Diener’ des Wortes Gottes seien, die Amtsbezeichnungen, nicht jedoch der Status oder die Funktion des jeweiligen Amtsträgers der Organisation geändert. Die Spitze der Hierarchie bildete nunmehr der Reichsdiener, zuvor Reichsleiter, es folgten die Bezirksdiener (Bezirksdienstleiter), Gruppendiener (Gruppendienstleiter) und Zellendiener (Zellendienstleiter).⁷⁴

Über die Struktur der IBV-Organisation in Lippe, die Zahl ihrer möglichen Hauptgruppen, Gruppen, Untergruppen gibt es kaum verwertbare Hinweise; ein Resultat des aus Sicherheitserwägungen resultierenden Bemühens der einzelnen Gruppen um ‘Abschottung’. Festzustellen ist, daß es neben anzuneh-

menden vertikal verlaufenden Verbindungswegen, die also von einer Organisationseinheit zur nächsten reichten, auch horizontal verlaufende Kontaktwege gab. So bestanden zwischen der Gruppe Blomberg und Gruppen bzw. IBV-Angehörigen in Pivitsheide und Bad Lippspringe Kontakte. Man tauschte aus dem Ausland, zumeist der Schweiz und den Niederlanden, eingeschmuggelte Erbauungsschriften der New Yorker Zentrale – intern ‘Speise’ genannt – nach der Besprechung im Gruppenkreis untereinander aus.⁷⁵ Diese Kontakte scheinen jedoch eher loser Art gewesen zu sein.⁷⁶

Eine weitere Stufe im eskalierenden Konflikt bedeutete die Durchführung einer von Bibelforschern in der 1. Hälfte des Jahres 1937 organisierten und reichsweit angelegten Flugblattaktion, deren Vorbereitung in erheblichem Maße in Lemgo betrieben wurde. Bereits im Dezember 1936 war zur Überraschung des Polizeiapparates im Reichsgebiet eine solche Aktion durchgeführt worden. Dabei waren bis zu 100.000 Flugblätter verteilt worden die eine auf dem Luzerner Kongreß verabschiedete Resolution enthielten, in der neben der Hitlerregierung vor allem und zu Unrecht die Spitze der katholischen Kirche für die Verfolgung verantwortlich gemacht wurde.⁷⁷ Als Reaktion auf diese generalstabsmäßig und schlagartig durchgeführte Aktion hatte der Leiter des Gaupersonalamtes der Gauleitung Westfalen-Nord in einem Rundschreiben an alle Gauamtsleiter, Gauinspektoren und Kreisleiter eindringlich davor gewarnt, die Angehörigen der IBV als harmlose Sektierer anzusehen. Die Bibelforscher stellten vielmehr eine starke Gefahr für die Volksgemeinschaft dar. Es sei daher nicht nur notwendig, die Gestapo bei der Bekämpfung dieser Gefahr zu unterstützen, sondern sich überhaupt der Angelegenheit der Bibelforscher mit besonderer Aufmerksamkeit zu widmen.⁷⁸

Die Vorbereitungen zur zweiten Flugblattaktion wurden maßgeblich vom Reichsdiener Erich Frost, einem 35jährigen Leipziger Kapellmeister, bzw. nach dessen Verhaftung von seinem Nachfolger, dem 46jährigen Bochumer Schlosser Heinrich Dietschi und dem westdeutschen Bezirksdienstleiter Albert Wandres geleitet.⁷⁹ Mit einem ‘Offenen Brief’ sollten eingehender als in der (eher allgemein gehaltenen) Luzerner Resolution, die Verfolgungspraktiken der Gestapo und die Zustände in den Gefängnissen und Konzentrationslager angesprochen und verurteilt werden. Das Berner Büro der IBV erarbeitete auf der Grundlage von Berichten, die deutsche Bezirksdiener gesammelt hatten, einen Text, der von NS-Quellen ergänzt wurde. Der ‘Offene Brief’ unterrichtete unter anderem über Details von Folterungen an Bibelforschern und nannte Ort sowie Namen der beteiligten Beamten der Kriminalpolizei und Gestapo. Der Text dokumentiert, daß sich die Bibelforscher als „Märtyrer des christlichen Glaubens“ verstanden und nicht bereit waren, sich der nationalsozialistischen Verfolgungsbürokratie zu beugen. So heißt es darin: „Die Verfolgung hat die treuen Zeugen Jehovas jedoch keineswegs abgeschreckt und wird sie auch fernerhin von ihrem Dienste nicht abhalten“. An den ‘Offenen Brief’ war zudem

die Intention geknüpft, die Menschen zur Aufkündigung ihrer Loyalität gegenüber dem verbrecherischen NS-Staat zu bewegen. Dabei sollte es jedoch nicht um den Sturz des NS-Systems an sich gehen, sondern der geforderte Widerstand galt dem Kampf um das Gottesreich:⁸⁰ „Die Stunde eilt heran, da Christus im Auftrag Jehovas Satan und alle seine Diener vernichten wird“. In der noch verbleibenden Zeit sollten sich die Menschen „gänzlich auf die Seite Gottes und Jesu Christi“ stellen

Offener Brief

An das bibelgläubige und Christus liebende Volk Deutschlands!

Der biblische Name für den allmächtigen Gott ist JEHOVA; er hat in seinem Wort, der Bibel, welches Christus die Wahrheit nannte, sein Vorhaben mit allen Menschen guten Willens großartig. Die Kenntnis von diesem Vorhaben des Höchsten ist darum für jeden Menschen von lebenswichtiger Notwendigkeit.

D. Martin Luther prophezeite einst:

„Nach unser Zeit wird die Strafe auch über Deutschland und andere mehr gehen um der gräßlichen Undankbarkeit und Verachtung Willen des lieben seligen Wortes, das ihnen rein und reichlich gepredigt wird. Und wird nach diesem heilen Licht ein gräßliche, schreckliche Finsternis kommen.“

(Aus D. Martin Luthers Werken, Kritische Gesamtausgabe, Deutsche A. Bd. 1, 1911, S. 1241)

Es ist nun eine erschreckende Tatsache, daß die gegenwärtigen Machthaber in Deutschland alle aufrichtigen Bibelforscher, die ihren Glauben an Jehova Gott bekennen und ihm dienen, schmähen, verleumden und mit grausamen Mitteln verfolgen.

Jehovas Fragen betragt

Ägyptens Pharao mißhandelte einst Jehovas auserwähltes Volk. Die Schrift erklärt, daß Pharao der Vertreter des Teufels war, und daß er samt seinen Helfershelfern von Gott bestraft und vernichtet wurde.

Mose war ein Hebräer, ein von Gott inspirierter Prophet, der einen Teil der Bibel verfaßt und darin erklärt hat, daß Jehova einen Größeren, von dem Mose ein Schattenbild war, erwecken würde, und daß dieser Größere der Messias sei und zum rechtmäßigen Herrscher der Erde ernannt werden würde. Viele weitere Bibelstellen und Jesu eigenes Zeugnis beweisen, daß Jesus Christus jener Größere, das heißt der Messias und Erretter ist.

Seit vielen Jahren haben wir, Jehovas Zeugen, früher Bibelforscher genannt, in Deutschland unseren Volksgenossen die Bibel und ihre trostreichen Wahrheiten gelehrt und dabei in selbstloser Weise zur Läuterung materieller und geistiger Not Millionen verausgabt.

Als Dank dafür sind Tausende von Zeugen Jehovas in Deutschland auf grausame Weise verfolgt, mißhandelt und in Gefängnisse und Konzentrationslager eingesperrt worden. Trotz größtem weltlichem Druck und trotz sadistischer körperlicher Mißhandlung, auch an deutschen Frauen, Müttern und an Kindern im zarten Alter, hat man in vier Jahren nicht vermocht die Zeugen Jehovas auszunutzen; denn sie lassen sich nicht einschüchtern, sondern fahren fort, Gott mehr zu gehorchen als den Menschen, wie es seinerzeit die Apostel Christi auch taten, als man ihnen verbot, das Evangelium zu verkünden.

Die gegenwärtige unchristliche und bibelfeindliche Regierung muß sich ferner zu erklären, daß nur die römisch-katholische Kirche und die Staatskirche eine Art Religionsfreiheit ausüben kann, daß aber allen anderen wahrhaft bibelgläubigen Christen keine Glaubens- und Gewissensfreiheit gewährt wird.

Gemeinschaft

In vielen Teilen Deutschlands bemühen sich die Kreisläufer vergeblich, die Zeugen Jehovas zur Unterzeichnung von Ehrenerklärungen zu zwingen, worin es wörtlich heißt:

„Ich verstehe hiermit an Eidstatt, daß ich die staatsfeindlichen Machenschaften der jüdischen internationalen Bibelforscher-Vereinigung erkannt habe und ich mich als treuer Deutscher von dieser Vereinigung so weit ich ihr angehöre oder nahestand, abgesagt habe... Ich werde die Gesetze und die Anweisungen der Partei und des Staates befolgen und vor allen Dingen auch in meiner Familie den Götzen des Führers, besonders im Herren unserer Rasse, aufrichten. Ich bekenne, daß ich früher einmal mich irrgeleitet habe und damit mich und meine Familie in Gefahr brachte... Ich bin mir bewußt, daß jede weitere Betätigung für die internationale Bibelforscherbewegung, ganz gleich in welcher Beziehung, scharfe Bestrafung nach sich zieht, da ich dazu nicht mehr wert und würdig bin in der Gemeinschaft des deutschen Volkes zu leben und zu arbeiten. Falls in der kommenden Zeit staatsfeindliche Elemente an mich herantreten sollten mit Broschüren, Flugblättern, Büchern etc., werde ich die Täter sofort der zuständigen Partei- oder Polizeibehörde melden und die Druckplatten abliefern.“

Hed Hitler“
(Unterschrift)

Bibelglaube — Was ist das?

In einem persönlichen und vertraulichen Begleitschreiben der Kreisleitung W..., datiert den 3. April 1937, heißt es wörtlich:

„Jede Betätigung im Sinne dieser jüdisch-verbrecherischen Machenschaften (unserer Bemerkung: nämlich an Gott zu glauben und die Lehren der Bibel zu verkünden) wird scharfstrafbar bestraft.“

Der Kreisleiter fährt fort:

„Da ich davon überzeugt bin, daß nur ganz wenige Verbrecher unter den jüdischen Wahnsinnigen, die der Auswurf der Menschheit erachtet hat, wirklich glauben und für die auch noch unter Einsatz der ganzen Person kämpfen können, sehe ich an, daß der größte Teil der uns hienächst bekannten jüdischen Bibelforscher oder der damit sympathisierenden entweder durch falsche Hoffnungen, Gedankenschiebungen oder Gutgläubigkeit sich dieser Organisation anschlossen. Trotz des Verbots und erfolgter harter Bestrafungen gibt es noch Unablenkbare, die immer wieder sich und ihre Familien in ähnlicher Weise der Gefahr einer Bestrafung aussetzen.“

„Dann werden noch weitere Drohungen ausgesprochen, um den Bibelforscher zum Heuchler zu machen und die Erklärung zu unterzeichnen, indem es heißt:

„Sollte einer der Volksgenossen später sich erneut verweigern, habe ich ihm nicht mehr helfen, es muß dann die ganze Familie des Genossen in Kraft treten. Falls ein ganz Verbrecher die Unterzeichnung dieser Erklärung ganz verweigern sollte, muß ich daraus entnehmen, daß er sich offensichtlich gegen Partei und Staat stellt und auch dann mit den Konsequenzen dieser Stellung zu rechnen hat.“

Die Konsequenzen dieser Stellen sind Gefängnisstrafen bis zu fünf Jahren und nach Entlassung aus dem Gefängnis Konzentrationslager, und mancherorts, besonders im Ruhrgebiet, Ostpreußen und in Bayern, Mißhandlungen, die sich von den Folterungen der Inquisition nicht mehr unterscheiden.

Bibelkritik

In amtlichen Blättern werden Jehovas Zeugen als Verbrecher, als Staatsfeinde, als Kommunisten, und die Führer der Bewegung als Juden hingestellt, obwohl alle Welt außerhalb Deutschlands und Millionen bibelgläubige Deutsche davon überzeugt sind, daß die Zeugen schon sehr weiter als die Verbrecher noch Kommunisten noch Juden sind, sondern einfache, anständige, gottgläubige Christen. Die christentum- und bibelfeindliche Einstellung der deutschen Parteijustiz wird ferner bewiesen durch einen Artikel der Zeitschrift: „Der Deutsche Justizsammler“ Berlin, Ausgabe vom 21. März 1937, Unter der Überschrift: „Der Bibelforscher im Strafvollzug“, von Strafanstaltsvorsteher Liesche, heißt es wie folgt:

„Welche Grundgesetze die internationale Bibelforscher-Vereinigung über Deutschland und unseren Führer bewußt zu verbreiten sucht, zeigt uns eine Handschrift, die der Mittelschulische Kongress der Zeugen Jehovas in Luzern, während der Tagung vom 4. 7. September 1936, faßte und alle gutgewissenen Menschen aufforderte, davon Kenntnis zu nehmen, daß Jehovas Zeugen in Deutschland, Österreich und anderswo grausam verfolgt, mit Gefängnis bestraft und auf brutale Weise mißhandelt und manche von ihnen getötet werden. Die Hitler-Regierung hat den wahren Christen jede Art von grausamen Bestrafungen auferlegt und führt fort dies zu tun.“

Diesen Zeugen Jehovas liegt bei ihren Kollaborationen in der Gefängniswelt daran, die Bibel zu bekennen, damit sie ihre staatsfeindliche Einstellung durch playvill zusammengepackte Blätter weiter verfolgen und wenn möglich auf andere Insassen der Gefängnisse übertragen können. Sache der Vollzugsbehörden soll es sein, zu verhindern, daß das Studium der Bibel zu Aufzeichnungen führt, die in staatsfeindlicher Weise verwendet werden können. Es ist somit dem pflichtgemäßen Ermessen der Vollzugsbehörden überlassen, wie sie das verhindern, die Hauptfrage ist, daß sie es verhindern.“

Der Paragraph 112, Ziffer 3, der Dienst- und Vollzugsordnung besagt: Den christlichen Gefangenen sind die von den kirchlichen Behörden eingeführten Gebet- und Gesangbücher zu verabreichen; evangelische Gefangene erhalten ferner ein Neues Testament mit Psalmen, katholische Gefangene des Diözesan-Hierarchismus und ein Neues Testament oder die biblische Geschichte. Jüdische Gefangene erhalten ein Gebetbuch. Diese Bestimmungen treffen aber für die jüdischen Bibelforscher als Strafvollzogene nicht zu.

Da nach Paragraph 112 STVO der Zweck der Untersuchungshaft auch darin besteht, den Häftling an seinen strafbaren Handlungen zu hindern, wurde es offensichtlich dem Haftwerk widersprechen, den Untersuchungsgefängnissen diejenigen Bücher (Bibel etc.) zu überlassen, die es ermöglichen, aus denen sie für ihre innere Zugehörigkeit zu ihrer verbotenen Sekte und deren staatsfeindlichen Einstellung fortwährend neue Nahrung und Erneuerung entnehmen könnten. Der zuständigen Häftler wird mithin auf entsprechende begründeten Antrag das betreffende Strafanstaltsvorsteher in aller Regel die Entziehung der jüdischen Bibel für die jüdischen Bibelforscher anzuordnen...“

Abb. 1: Flugblatt-Text. Martin Luchterhandt, Berlin, danke ich für die freundliche Überlassung einer Kopie.

Der Text des Briefes war in Bern auf Aluminiummatrizen geschrieben worden und sollte über Prag durch eine Vertraute des Reichsdieners Frost im März 1937 nach Berlin geschmuggelt werden. Es war beabsichtigt, ihn dort mit einem Rotaprintgerät zu vervielfältigen, jedoch machte die Verhaftung des Reichsdieners in der Nacht vom 20. auf den 21. März 1937 diesen Plan zunichte. Nachdem es auch nicht gelungen war, 200.000 in Bern gedruckte Exemplare des Briefes nach Deutschland zu bringen, wurden erneut Matrizen aus der Schweiz in das Reichsgebiet nach Lemgo eingeschmuggelt. Es handelte sich dabei um sogenannte Pappmatern, die zuerst stereotypisiert werden mußten, um die Druckplatten für die Schnellpresse zu erhalten.⁸¹ In Lemgo wurde

die Druckvorlage von Hermann Strohmeier – Inhaber einer Druckerei in der Kluskampstraße – erwartet. Strohmeier, der nach Feststellung der Gestapo-Außenstelle Detmold seit 1925 Anhänger der IBV war⁸² und den die Stadt, und ihr nachfolgend andere Behörden, aufgrund seiner Nichtteilnahme an der Wahl vom 29. März 1936 boykottierten,⁸³ druckte von diesem Flugblatt rund 90.000 Stück. Dabei wurde er von seinem Sohn, ferner von seinem Angestellten und zugleich Glaubensbruder Heinrich Kluckhuhn sowie seinem Drucker Paul M. unterstützt. Letztgenannter, der maßgeblich die drucktechnische Arbeit ausführte, tat diese einzig aufgrund seiner kommunistischen Überzeugung. Diese Zusammenarbeit belegt eine sehr seltene ‘punktuelle Kooperation’ zwischen Kommunisten und Bibelforschern in jener Zeit.⁸⁴ Es war nicht das erste Mal, daß nach 1933 in der Druckerei Strohmeier für die Bibelforschergemeinschaft Schriften gedruckt wurden. Der Abtransport der gedruckten Exemplare, die reichsweit mit der Post verschickt wie auch direkt über Hausbriefkästen verteilt werden sollten, erfolgte durch einen LKW. Den in diese Aktion nicht eingeweihten ortsunkundigen Fahrer hatte man zuvor in Lemgo bei Dunkelheit stundenlang im Kreis fahren lassen, um ihm jegliche Orientierung zu nehmen. Unmittelbar nach Abtransport der druckfrischen Exemplare verließen die Beteiligten Lemgo und fuhren in Urlaub.⁸⁵ Wie auch bei der ersten Flugblattaktion wurde die Gestapo von der am 20. Juni 1937 – einem Sonntag – durchgeführten Verteilung überrumpelt. Einige Exemplare verteilte man auch in Lippe, wenngleich der Schwerpunkt dieser und der vorhergegangenen Aktion in den Großstädten lag.⁸⁶ Bereits Anfang Juli ließ die Gestapo Strohmeier und die anderen an ihren Urlaubsorten verhaften. Der LKW-Fahrer hatte in einer Wirtschaft in Bierlaune von seinem Transport erzählt, worüber die Gestapo informiert wurde. Beamte setzten daraufhin den Fahrer in einen Dienstwagen und fuhren mit ihm tagelang in Lemgo umher, zunächst ohne Erfolg. Erst ein tiefes Schlagloch, die einzige markante Erinnerung des Fahrers an die Strecke, verhalf der Gestapo zum Ermittlungserfolg, denn es befand sich nur wenige Meter entfernt vom Strohmeierschen Firmenschild.⁸⁷

Als Standort der Gestapo-Außenstelle⁸⁸ und des Landgerichtsgefängnisses, in das Strohmeier sen. eingewiesen wurde, war die Bedeutung der Stadt Detmold im Rahmen der Verfolgung lippischer Bibelforscher vornehmlich institutioneller Art. Die Stadt beherbergte keine numerisch auffällige Bibelforschergruppe, aber die Lippe betreffenden einschlägigen Verfolgungs- und Bedrückungsmaßnahmen setzte in Detmold die Gestapo-Filiale insbesondere in Zusammenarbeit mit der Gendarmerie und der Partei um. So überwachte die Gendarmerie im Auftrag der Bielefelder bzw. Detmolder Gestapo Anhänger der IBV in Lippe⁸⁹ und nahm auch in der Regel die Verhaftungen vor, während die Partei auf Biten der Gestapo für die ‘politische Nachüberwachung’ der aus Polizei- oder KZ-Haft entlassenen Bibelforscher sorgte, die von Mitgliedern der zuständigen Ortsgruppen im persönlichen Umfeld der Haftentlassenen betrieben wurde.⁹⁰

Des weiteren wurde der überwiegende Teil der in Lippe Verhafteten in Detmold durch die Gestapo verhört, erkennungsdienstlich behandelt und im Rahmen der Untersuchungshaft im dortigen Landgerichtsgefängnis inhaftiert. Für die Mehrzahl dieser Insassen war es anscheinend nur eine Durchgangsstation auf dem Weg in das Bielefelder Gerichtsgefängnis, das Polizeigegefängnis an der Turnerstraße⁹¹ oder für das Gerichtsgefängnis in Hannover,⁹² um vor den dortigen Sondergerichten abgeurteilt zu werden.

In beiden letztgenannten Städten waren im Zuge der Verordnung der Reichsregierung über die „Bildung von Sondergerichten“ vom 21. März 1933 Sondergerichte eingerichtet worden, vor denen das Gros der Bibelforscherprozesse durchgeführt wurde.⁹³ Nach Paragraph 2 der genannten Verordnung waren die Sondergerichte zuständig für die Aburteilung der nach der ‘Reichstagsbrandverordnung’ und der nach der ‘Verordnung zur Abwehr heimtückischer Angriffe gegen die Regierung der nationalen Erhebung’ vom 21. März 1933 – abgelöst durch das ‘Heimtücke-gesetz’ – unter Strafe gestellten Tatbestände. Ab 1938 wurde die Zuständigkeit der Sondergerichte ausgeweitet. Statt bei der normalen Gerichtsbarkeit konnte die Staatsanwaltschaft vor dem Sondergericht anklagen, wenn ihr die Tat besonders schwer oder verwerflich erschien, sie in der Öffentlichkeit Unmut hervorgerufen hatte oder ihre sofortige Aburteilung durch das Sondergericht geboten war.⁹⁴ Aufgrund ihrer besonders kurzen, da rechtsmittellosen Verfahren ermöglichten sie die rasche Aburteilung von ‘Straftätern’. Für Roland Freisler, zuletzt Vorsitzender des Volksgerichtshofes, sollten sie die ‘Panzertruppe’ der Rechtspflege bilden.⁹⁵

Das Bielefelder Sondergericht wurde erst am 1. Dezember 1940 eingerichtet. Bis dahin war das seit dem 15. Mai 1933 arbeitende Dortmunder Sondergericht, das auch über lippische Bibelforscher im Rahmen von Sammelprozessen Urteile fällte,⁹⁶ das einzige im Oberlandesgerichtsbezirk Hamm. Zeitweilig tagte es in den Räumlichkeiten des Bielefelder Landgerichts.⁹⁷ Der Geschäftsbereich des Bielefelder Sondergerichts umfaßte die Landgerichtsbezirke Bielefeld, Münster und Paderborn,⁹⁸ während der Zuständigkeitsbereich des Sondergerichts Hannover, welches das einzige im Oberlandesgerichtsbezirk Celle blieb, auch ganz Lippe umfaßte. Folglich wurden auch lippische Bibelforscher mehrheitlich vom Sondergericht Hannover abgeurteilt. Durch die per Erlaß vom 20. Juli und 18. September 1944 verordnete Anbindung des Landgerichts Detmold an das Oberlandesgericht Hamm und das Sondergericht Bielefeld fanden diese Prozesse schließlich in Bielefeld statt. Zuvor hatte das Landgericht Detmold dem Oberlandesgericht Celle und damit dem Sondergericht Hannover angehört.⁹⁹

Auch wenn die Justiz – von NSDAP und Gestapo als reaktionär sowie verbürgerlicht kritisiert und kritisch beäugt¹⁰⁰ – in einer Mischung aus Opportunismus und politischer Überzeugung ihren Beitrag zur schrittweisen Aushöhlung und Beseitigung geltender Rechtsnormen leistete, bedeutete diese Ent-

wicklung keineswegs, daß über lippische Bibelforscher von den Richtern der Amts-, Land- und Sondergerichte durchgehend Höchststrafen verhängt wurden. Wohl die Mehrzahl der verhafteten Bibelforscher und Unterstützer in Lippe wurden auch von den Sondergerichten zu vergleichsweise mäßigen, in der Regel mehrmonatigen Haftstrafen verurteilt; insbesondere dann, wenn sie erstmalig 'auffällig' geworden waren.¹⁰¹ Über bereits einmal oder mehrmals Verurteilte sowie Funktionäre verhängten Richter hingegen deutlich höhere Haftstrafen, an die sich seit Frühjahr 1937 vielfach eine polizeiliche 'Schutzhaft' anschloß, die von der Gestapo als strafergänzendes und strafverschärfendes Instrument mit dem Ziel fortwährender KZ-Haft aller unbeugsamen Bibelforscher angewandt wurde.¹⁰² So verurteilte das Sondergericht Hannover den Lemgoer Druckereibesitzer Hermann Strohmeier zu drei Jahren Gefängnis,¹⁰³ blieb damit aber deutlich unter der vom Reichsjustizminister Franz Gürtner in der 2. Hälfte der 30er Jahre in bezug auf Funktionäre und Aktivisten dieser Personengruppe geforderten Höchststrafe von fünf Jahren.¹⁰⁴ Selbst im Krieg scheint diese Haftstrafe über lippische Bibelforscher nicht verhängt worden zu sein.¹⁰⁵ Auch Sondergerichte in anderen Teilen des Reichsgebiets fällten trotz ihrer Mißachtung des offiziell nie in Frage gestellten 'Grundrechts auf religiöse Vereinigungsfreiheit' zum Leidwesen des Reichsjustizministers und vor allem der Gestapo „milde“ Urteile.¹⁰⁶ Aufgrund dieser für jene Verfechter eines härteren Kurses unbefriedigenden Entwicklung forderte Minister Gürtner in einem vertraulichen Schreiben vom 6. November 1936 den Generalstaatsanwalt in Hamm dazu auf, anhand einer mitübersandten Denkschrift der Gestapo zur Gefährlichkeit der IBV in den Verfahren beim Sondergericht [Dortmund; der Verf.] nicht nur „besonders harte Strafen gegen Funktionäre zu beantragen“, sondern „mit dem Inhalt der Denkschrift die Höhe der Strafanträge zu begründen“.¹⁰⁷ Letztlich 'korrigierte' die Gestapo auf ihre Art das gegen Strohmeier gefällte Urteil, indem sie ihn wie manch anderen lippischen Bibelforscher in 'Schutzhaft' nahm.

Mit dem Stigma 'Wühlarbeit für den Kommunismus' zu betreiben und damit zur 'fünften Kolonne' des 'Bolschewismus' zu zählen, wurde nicht nur die Gesamtheit der deutschen Bibelforscher, sondern mitunter auch gezielt ein Einzelner unter ihnen belegt. So diffamierte im Bielefelder Gefängnis die Verfolgungsbürokratie kühl kalkulierend Strohmeiers Flugblattaktivitäten als 'Aktion für den Kommunismus' und trieb damit einen Keil zwischen den inhaftierten Druckereibesitzer und anderen inhaftierten Glaubensanhängern, die, wie die meisten Bibelforscher, den Kommunismus mit dem ihm inhärenten Atheismus sowie den stalinistischen Terror verurteilten. Fortan wurde er im Gefängnis gemieden.¹⁰⁸ Unter dem Eindruck der Verhaftung und der Verhöre, bei denen die Detmolder und Bielefelder Gestapo im Gegensatz zu ihren Kollegen im Ruhrgebiet auf systematisches Foltern verzichteten,¹⁰⁹ erklärten sich einige lippische Bibelforscher zur Unterschrift unter eine Verzichtserklärung bereit, mit

der sie bekundeten, sich zukünftig „nicht weiter für die IBV zu betätigen“. ¹¹⁰ Die Unterschrift unter solch eine Erklärung konnte den Betroffenen vor der 'Schutzhaft' bewahren oder unter bestimmten Bedingungen die unmittelbare Freilassung aus dieser Haft zur Folge haben. Da solche Erklärungen keine Verleugnung des Glaubens verlangten, leisteten nicht wenige Bibelforscher aus taktischem Kalkül – wenn auch mit Skrupeln – ihre Unterschrift. ¹¹¹

Nach der Durchführung der zweiten Flugblattaktion intensivierte die Gestapo nochmals ihre Aktivitäten zur Bekämpfung der IBV. Es gelang ihr, den Reichsdieners Heinrich Dietschi und den leitenden Funktionär Albert Wandres zu verhaften. Im Gefolge dieser Festnahmen verhaftete man weitere leitende IBV-Funktionäre und -Aktivisten. Nach dieser in der 2. Hälfte 1937 durchgeführten reichsweiten Verhaftungswelle, die in einigen Orten Schleswig-Holsteins bis Anfang 1938 andauerte, bestand die IBV als umfassende reichsweite Organisation nicht mehr. ¹¹² Auf regionaler Ebene hingegen gab es in der folgenden Zeit in einzelnen Landesteilen des Reiches Reorganisationsversuche. ¹¹³ Derartiges ist für Lippe nicht festzustellen. Nach der Verhaftungswelle vom April 1936, der 'Enttarnung' und 'Zerschlagung' der von Strohmeier sen. betriebenen 'illegalen' Druckerei sowie als Reaktion auf die Verhaftung einzelner Bibelforscher in Lippe in jenen Jahren scheinen die Bibelforscherzirkel in der Region, bedingt durch die Nichtwiederherstellung ihrer organisatorischen Verknüpfung oder Teilverknüpfung, sich mehr und mehr voneinander abgeschottet zu haben. Der Verfolgungsdruck hat jedoch den Bekennermut vieler von ihnen keineswegs gebrochen. Dieser war zumindest mit ein Anlaß für die im April 1941 erfolgte letzte größere Verhaftungsaktion in Lippe, die sich gegen acht Mitglieder ¹¹⁴ der rund 20 Personen umfassenden regional bedeutsamen Blomberger Gruppe richtete. ¹¹⁵ Das vom Sondergericht Hannover gegen sie verhängte Strafmaß blieb vergleichsweise moderat. Es bewegte sich je nach Angeklagtem zwischen fünf und zehn Monaten. ¹¹⁶ Zwar kam die am 25. November 1939 erlassene 'Verordnung zur Ergänzung der Strafvorschriften zum Schutz der Wehrkraft des deutschen Volkes' durch das Gericht zur Anwendung nach der jeder, der „an einer wehrfeindlichen Verbindung teilnimmt oder sie unterstützt“, – und Bibelforschern wurde generell eine wehrfeindliche Gesinnung unterstellt – „mit Zuchthaus [...] bestraft“ werden konnte. ¹¹⁷ Da das Gericht sie aber als weitgehend harmlos einstufte, bot diese Verordnung auch die Möglichkeit, sie in „minder schweren Fällen“ mit Gefängnis zu bestrafen. Die während der Kriegsjahre jedoch insgesamt deutlich zunehmende Strafhöhe geht in erheblichem Maße auf diese Verordnung und die sogenannte 'Kriegs-sonderstrafrechtsverordnung' zurück, die in Paragraph 5 den Straftatbestand der 'Wehrkraftzersetzung' einführt, die mit dem Tode zu bestrafen war. Nur in minder schweren Fällen sollte von dieser 'Normalstrafe' abgesehen werden. ¹¹⁸ Von den acht Verurteilten weigerten sich zwei – darunter eine Frau – die ihnen vorgelegte Verzichtserklärung zu unterschreiben, mit der Folge, daß

man sie in 'Schutzhaft' nahm.¹¹⁹ Zudem wurde ein zur Wehrmacht eingezogenes Mitglied der Blomberger Gruppe aufgrund seiner Verweigerung des Kriegsdienstes durch ein nicht genanntes Militärgericht zum Tode verurteilt und das Urteil vollstreckt. Er war einer von geschätzten 250 bis 300 deutschen und österreichischen Bibelforschern, die während des Zweiten Weltkrieges nach kriegsgerichtlichem Urteil hingerichtet wurden.¹²⁰ Der Wehrmachtbeauftragte der Gauleitung Westfalen-Nord ermahnte über die Kreisleitung den Blomberger Ortsgruppenleiter, diesen Todesfall vertraulich zu behandeln, damit „diesem Soldaten nicht aus Unkenntnis die Ehren eines Gefallenen erwiesen werden“.¹²¹

Noch in den letzten Kriegsmonaten und -wochen, in denen im Reichsgebiet die Justiz bestrebt war, die Kriegsgesetzgebung unnachsichtig zum Schutz der 'inneren Front' anzuwenden und dabei eine Vielzahl von Todesurteilen fällte¹²², außerdem Standgerichte der Wehrmacht kriegsmüde desertierte Soldaten hinrichten ließen, bekannten sich Bibelforscher auch in Lippe zu ihrer Überzeugung und riskierten dadurch ihr Leben. Mit Verweis auf den von der Bibelforscherlehre untersagten Waffendienst und das biblische Nichttötungsgebot weigerten sich in Lippe zumindest jeweils ein Anhänger aus Barntrup,¹²³ Blomberg¹²⁴ und Hörstmar,¹²⁵ am Dienst im 'Volkssturm' und an der Vereidigung als 'Volkssturmmann' teilzunehmen. Diese Verweigerungshaltung erstreckte sich im Fall des Blomberger Bibelforschers auch auf die ihm unterbreitete 'Notdienstverpflichtung' zu Schanzarbeiten am Westwall. Lediglich der 'Glaubensbruder' aus Hörstmar bezeichnete sich in der Gestapo-Vernehmung als aktiver Anhänger der Lehre, der noch nach dem Verbot der IBV versucht habe zu missionieren, wenngleich ohne Erfolg. Bei den beiden anderen handelte es sich nach ihrer Selbsteinschätzung wie auch nach Überzeugung der Gestapo um nicht mit der IBV und damit einer Gruppe in Verbindung stehende Anhänger der Lehre. Aufgrund ihrer passiven Haltung und isolierten Position innerhalb der Bibelforscherbewegung empfahl die Gestapo der Detmolder Oberstaatsanwaltschaft, die beiden „exemplarisch zu bestrafen“. Eines noch deutlich schärferen und für die Justiz eindeutigeren Vokabulars bediente sich die Gestapo im Fall des Bibelforschers aus Hörstmar. In Anbetracht seiner aktiven Anhängerschaft und seiner im Vergleich zu den beiden anderen noch radikaler artikulierten Ablehnung des NS-Systems und seiner Führung forderte der den Schlußbericht über die Ermittlungen verfassende Gestapomitarbeiter, daß der Festgenommene „mit aller Härte ausgerottet werden“ müsse.

Die seit Mitte Februar und März 1945 im Detmolder Landgerichtsgefängnis Inhaftierten sollten dem Sondergericht Bielefeld überstellt werden, das gegen sie wegen 'Wehrkraftzersetzung' aufgrund der Kriegssonderstrafrechtsverordnung urteilen sollte,¹²⁶ dazu kam es jedoch nicht mehr. Selbst der an den Bielefelder Kollegen gerichteten schriftlichen Bitte des Detmolder Oberstaatsanwalts vom 21. März um rasche Überführung des Hörstmarer Todeskandidaten

wurde nicht nachgegeben. Zu diesem Zeitpunkt, rund zwei Wochen vor Einmarsch der Amerikaner¹²⁷, war das Bielefelder Gericht nicht mehr oder bestenfalls nur noch bedingt arbeitsfähig. Ihre Entlassung aus dem Landgerichtsgefängnis erfolgte zwischen dem 3. und 5. April, also unmittelbar vor Einmarsch der Amerikaner in Detmold bzw. einen Tag nach Einnahme der Stadt.

Aus den vorliegenden Akten geht auch hervor, daß die Staatsgewalt nicht gegen die von den drei Bibelforschern wiederholt gezeigten 'sozialen Auffälligkeiten', wie Boykottierung der 'Wahlpflicht', Verweigerung von Spenden für NS-Sammlungen, Verweigerung des 'Hitler-Grußes', überhaupt gegen deren 'offene' Bekennung zur Glaubensgemeinschaft der 'Bibelforscher' eingeschritten war, obgleich die beiden letztgenannten Verhaltensweisen in anderen Fällen längst mit Konzentrationslagerhaft bestraft worden waren¹²⁸ und die betroffenen Ortsgruppen die Gestapo-Nebenstelle in Lage über jene 'Auffälligkeiten' sicherlich mittlerweile informiert hatten. Einer von den dreien gab während des Verhörs an, er habe „stets damit gerechnet,“ verhaftet zu werden. Anscheinend hatte sich die Gestapo auf 'Beobachten' und 'Registrieren' beschränkt.

Schlußbetrachtung

Fragen bleiben offen. Nach wie vor ist die Struktur der IBV-Organisation in Lippe, die Zahl ihrer Gruppen, Zellen und Verbindungen untereinander unklar. Ferner wäre zu überprüfen, ob es wie für Altona¹²⁹, Mannheim¹³⁰ und Osterode¹³¹ auch innerhalb von Lippe ein lokales Verteilerzentrum für Bibelforschertraktate gegeben hat, von dem aus in der Region oder sogar über sie hinaus, Bibelforscher mit 'Speise' versorgt wurden.

Abschließend ist festzustellen, daß die lippische Bibelforscher-Gemeinschaft größer war als angenommen. In Relation etwa zur preußischen Provinz Westfalen war sie jedoch unbedeutend, für die auf der Grundlage eines bestimmten Prozentfaktors¹³² Bibelforscher errechnet wurde! Gleichwohl erregten einige ihrer Mitglieder durch das 'illegale' Drucken des 'Offenen Briefes' die Aufmerksamkeit der überregionalen Verfolgungsbürokratie. Danach befand sich Lippe erneut im 'Windschatten' der andernorts die reichsweite Verfolgung der Bibelforscher kennzeichnenden Ereignisse. Der religiös motivierte Widerstand der Bibelforscher, der auch durch ihre provozierende Hartnäckigkeit in eine stufenweise Eskalation mit dem Regime mündete, wurde dort zum Politikum, wo er es herausforderte. In diesem Sinne wirkten auch Bibelforscher in Detmold und Lippe.

Anmerkungen

1. Detlev Garbe, *Zwischen Widerstand und Martyrium. Die Zeugen Jehovas im „Dritten Reich“*. (= Studien zur Zeitgeschichte. Hrsg. vom Institut für Zeitgeschichte; Bd. 42). München 1993, S. 41 (Anm. 1).
2. Detlev Garbe, „Gott mehr gehorchen als den Menschen“. Neuzeitliche Christenverfolgung im nationalsozialistischen Hamburg. In: *Verachtet-verfolgt-vernichtet. Zu den vergessenen Opfern des NS-Regimes*, hrsg. von der Projektgruppe für die vergessenen Opfer des NS-Regimes in Hamburg e.V., Hamburg 1986, S. 172-219, hier S. 180.
3. Garbe, *Zwischen Widerstand und Martyrium*, S. 42.
4. Garbe, „Gott mehr gehorchen als den Menschen“, S. 81.
5. Garbe, *Zwischen Widerstand und Martyrium*, S. 56ff.
6. Garbe, *Zwischen Widerstand und Martyrium*, S. 78. Dort sind auch Erläuterungen zu den in der Forschung genannten Schätzzahlen enthalten, die z.T. erheblich voneinander abweichen, S. 78 (Anm. 160 und 161) sowie bei Christian Kunath, *Die „Ersten Bibelforscher“ in Westfalen 1933 bis 1945*. Unveröffentlichte Magisterarbeit der philosophischen Fakultät der Universität Münster 1992, S. 18.
7. Offenbarungsschriften finden sich auch bei den beiden anderen Abrahamsreligionen, dem Islam und dem Judentum.
8. Ausführlich zur Bibelforscherlehre der Abschnitt „Die Lehre der Glaubensgemeinschaft und ihre Beziehung zur staatlichen Ordnung“ bei Garbe, *Zwischen Widerstand und Martyrium*.
9. In neueren Schriften der Wachtturm-Gesellschaft wird nicht ohne Kalkül eingeräumt, daß „wir nicht die Gabe der Prophetie haben“. „Es [war] deshalb hin und wieder notwendig, einige Ansichten zu korrigieren“, *Jehovas Zeugen. Menschen aus der Nachbarschaft. Wer sind sie?* Hrsg. von der Wachtturm-Bibel- u. Traktat-Gesellschaft, Deutscher Zweig 1995, S. 31.
10. Kunath, *Die „Ersten Bibelforscher“*, S. 22f.
11. Zitiert nach Garbe. Das erste Zitat in: *Zwischen Widerstand und Martyrium*, S. 52, das zweite in: „Gott mehr gehorchen als den Menschen“, S. 181.
12. Garbe, *Zwischen Widerstand und Martyrium*, S. 61ff, 83. Siehe hierzu auch Michael Kater, *Die Ernsten Bibelforscher im Dritten Reich*. In: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* 17 (1969), S. 181-218, hier S. 186.
13. Die Bände der die Zwischenkriegszeit betreffenden „Gesetzsammlung für den Freistaat Lippe“ enthalten keine Hinweise auf 'Bibelforscher'.
14. Garbe, *Zwischen Widerstand und Martyrium*, S. 80ff.
15. Zu den für das Verhältnis von 'Bibelforschern' bzw. 'Zeugen Jehovas' zum Staatswesen relevanten Grundzügen ihrer Glaubenslehre insbesondere Garbe, *Zwischen Widerstand und Martyrium*, S. 48f.
16. Kater, *Die Ernsten Bibelforscher im Dritten Reich*, S. 188.
17. Ende 1933/Anfang 1934 ergingen auch Maßnahmen gegen Gruppierungen, wie etwa die „Freie Bibelforscher-Vereinigung“ oder die „Menschenfreundliche Versammlung (Engel Jehovas)“, die sich Jahre zuvor von der Wachtturm-Gesellschaft abgespalten hatten, s. Kater, *Die Ernsten Bibelforscher im Dritten Reich*, S. 110.
18. Kater, *Die Ernsten Bibelforscher im Dritten Reich*, S. 86f., 94, 96f.
19. Garbe, *Zwischen Widerstand und Martyrium*, S. 92, datiert das Verbot unzutreffend und zudem ohne Belegstelle auf Mitte Mai. Lippe bildete jedoch nicht das Schluß-

- licht. So stammt die Auflösungsverfügung der Hamburger Polizeibehörde vom 15. Juli, ders., „Gott mehr gehorchen als den Menschen“, S. 185.
20. Lippische Gesetzsammlung Nr. 38 (4. Juli 1933), S. 115.
 21. Lippische Landeszeitung vom 5. Juli 1933.
 22. Kater, Die Ernsten Bibelforscher im Dritten Reich, S. 191.
 23. Einen Tag nach dem Verbot der IBV vom 24. Juni 1933 und in dessen Unkenntnis war auf einem von 5.000 bis 7.000 Delegierten aus dem ganzen Reich besuchten Bibelforscher-Kongreß in der Berlin-Wilmersdorfer Sporthalle eine an den Reichskanzler adressierte Erklärung angenommen worden, in der versichert wurde, daß keinerlei Gegensätze zur nationalen Regierung des Deutschen Reiches vorlägen. Den in den Ländern erlassenen Verbotsanordnungen werde Folge geleistet, da man gewiß sei, „daß der Herr Reichskanzler bzw. die einzelnen hohen Landesregierungen diese Maßnahmen – durch welche zehntausende christliche Männer und Frauen schließlich einem dem Urchristen – Leiden vergleichbaren Märtyrertum verfallen müßten – nach Kenntnis der wirklichen Sachlage aufheben werden“, zit. nach Hans-Josef Steinberg, Widerstand und Verfolgung in Essen 1933–1945. (= Schriftenreihe des Forschungsinstituts der Friedrich-Ebert-Stiftung; Bd. 71) Bonn-Bad Godesberg 1973, S. 160 (Anm. 4).
 24. Siehe hierzu die detaillierten Ausführungen von Garbe, Zwischen Widerstand und Martyrium, Kapitel II.
 25. Staatspolizeistelle Bielefeld Außendienststelle Detmold LKP. 23/34 vom 14. Juli 1936, Staatsarchiv Detmold (im folgenden StA DT), L 113 Nr. 461, Bl. 5-11.
 26. Kreisgeschäftsführer an Landrat Schweiger vom 4. Dezember 1936, StA DT, L 113 Nr. 449, Bl. 244-248; Kreisgeschäftsführer an Landrat Gruner mit gleichem Datum, L 113 Nr. 449, Bl. 79-82.
 27. Siehe hierzu den Quellen- und Literaturanhang.
 28. Die Namen der Interviewten und das Datum der Interviews sind gleichfalls im Anhang zusammengefaßt.
 29. Näheres zu diesen Plänen Himmlers bei Garbe, Zwischen Widerstand und Martyrium, S. 451ff.
 30. Die Tabellen sind enthalten bei Kunath, Die „Ernsten Bibelforscher“ in Westfalen, S. 14f. Für Lippe ermittelte er fünf ‘Bibelforscher’, die er dem „Weser- und Lipperbergland“ sowie der „Warburger Börde“ zuordnet, also Räumen, die politisch und kulturgeographisch nur zu einem Teil mit Lippe zu tun haben.
 31. Zahlreiche Fälle verhafteter Bibelforscher aus dem östlichen Westfalen werden genannt bei Monika Minninger, Politisch und religiös Verfolgte in Stadt und Kreis Bielefeld. Ein Überblick. In: Joachim Meynert/Arno Klönne (Hg.), Verdrängte Geschichte. Verfolgung und Vernichtung in Ostwestfalen 1933–1945, Bielefeld 1986, S. 67f., sowie bei ders./Bärbel Sunderbrink/Andreas Knobelsdorf, „Das Recht wurzelt im Volk“. NS-Justiz im Landgerichtsbezirk Bielefeld. Katalog zur Ausstellung des Stadtarchivs Bielefeld vom 17. September bis 31 Oktober 1992. (= Bielefelder Beiträge zur Stadt- und Regionalgeschichte 11), S. 61.
 32. Geistiger Urheber dieser Charakterisierung ist Friedrich Zipfel, Kirchenkampf in Deutschland 1933–1945. Religionsverfolgung und Selbstbehauptung der Kirchen in der nationalsozialistischen Zeit. Berlin 1965, S. 203. Ihm schlossen sich unkritisch an: Steinberg, Widerstand und Verfolgung in Essen, S. 159; Manfred Koch, Der Widerstand im deutschen Südwesten 1933–1945. Hrsg. von Michael Bosch und Wolfgang Niess. (= Schriftenreihe zur politischen Landeskunde Baden-Württembergs; Bd. 10). Stuttgart 1984, S. 95-103, hier S. 97. Auch Kunath mochte in seiner Arbeit auf diese

- Formulierung nicht verzichten, Die „Ernstes Bibelforscher“ in Westfalen, S. 16. Zur Kritik an dieser Einschätzung insbesondere Garbe, Zwischen Widerstand und Martyrium, S. 58 (Anm. 71).
33. Berufsangaben zu fünf Bibelforschern wurden entnommen, Staatsarchiv Münster (im folgenden StA MS), Sondergericht Dortmund/1905; StA DT, D 21 A Nr. 324, 1327, 1357; Stadtarchiv Horn-Bad Meinberg, 100-012.
 34. Die Zahlen zu den angestellten Handwerkern und Selbständigen basieren zum Teil auf Vermutungen, da aus den in der Statistik und anderen Quellen enthaltenen Angaben nicht ersichtlich ist, ob etwa ein Handwerksmeister selbständig war oder nicht. Neben fünf Händlern und Kaufleuten wurden der Gruppe der Selbständigen vier Handwerksmeister, drei Landwirte, zwei Schmiede sowie jeweils ein Buchdrucker, Friseur, Schneider, Schuhmacher, Photograph, Architekt und Optiker zugeordnet.
 35. Vgl. die Tabelle 6 (Agrarstruktur des Lipperlandes 1925) bei Hans Hüls, Wähler und Wahlverhalten im Land Lippe während der Weimarer Republik. (= Sonderveröffentlichungen des Naturwissenschaftlichen und Historischen Vereins für das Land Lippe; Bd. 22). Detmold 1974, S. 23.
 36. Zur Wirtschaftsstruktur des Landes Lippe siehe die knappen Ausführungen bei Hüls; S. 18ff. Sie betreffen jedoch nicht die Zeit nach 1933.
 37. Lippische Landeszeitung vom 14. April 1933, „Polizeiaktion in Bad Meinberg. Zersetzende pazifistische Schriften beschlagnahmt“. In einem Artikel des NS-Blattes „Lippischer Kurier“ vom 5. Mai des gleichen Jahres wurde ebenfalls eine Verbindung zwischen ‘Bibelforschern’ und KPD ausgemacht. Bei Durchsuchungen von Häusern kommunistischer Funktionäre (ohne Angabe des Ortes) sei eine „Unmenge religiöser Schriften“ der ‘Bibelforscher’ gefunden worden, in denen Artikel über Pazifismus und Antifaschismus enthalten seien. Dieser Umstand mache es erforderlich, daß sich die Behörden näher mit dieser „Sekte“ und ihren „geheimen“ Verbindungen zur KPD befassen sollten.
 38. Stellvertretend für Lippe ist dieser Vorgang in Blomberg, Verfügung vom 19. Juni 1934 durch den Bürgermeister als Ortspolizeibehörde an den Führer der Landespolizei in Detmold, Stadtarchiv Blomberg (im folgenden StA B), Blomberg III Nr. 927.
 39. Kreisleiter an Gestapo Bielefeld – Außendienststelle Detmold vom 4. April 1936, StA DT, L 113 Nr. 961, Bl. 171.
 40. Ortsgruppe Bad Meinberg an Kreisleitung vom 27. April 1936, StA DT, L 113 Nr. 346, Bd.1, Bl. 199; Kreisleiter an Gauleitung Westfalen-Nord – Gaugeschäftsführer – vom 7. Mai 1936, Bl. 197; Ortsgruppe Bad Meinberg an Kreisleitung vom 17. Mai 1936, L 113 Nr. 395; Bl. 12.
 41. Garbe, Zwischen Widerstand und Martyrium: S. 152. Der Unmut der örtlichen Parteileitung war auch geraume Zeit nach dem 4. April noch nicht ganz verflogen. Er richtete sich gegen die nicht mehr zur Glaubensgemeinschaft gehörende Frau eines der durch den Mob bedrohten Bibelforscher, die seine Glaubensgefährten an jenem Tag gewarnt und zugleich aufgefordert hatte, die Türen zu verriegeln, da die SA die Männer verprügeln wolle. Tölle schlug der Kreisleitung vor, die als Vorarbeiterin bei der dortigen Badeverwaltung angestellte Frau auf einen schlechteren Posten zurückzustufen. Ihre Entlassung hielt er nicht für ratsam, um sie nicht zur Märtyrerin zu machen, Tölle an Wedderwille vom 17. Mai 1936, StA DT, L 113 Nr. 395, Bl. 12f.
 42. Interview mit dem Sohn vom 15. November 1995.
 43. Beispiele für derartige Mitteilungen in StA DT, L 113 Nr. 191, Bl. 123; L 113 Nr. 407, Bl. 236.
 44. Im Dritten Reich gab es de jure keine Wahlpflicht.

45. Kreiswalter der Kreisverwaltung Detmold an Kreisleitung vom 2. April 1936, StA DT, L 113 Nr. 433, Bl. 150; Kreisleiter an Matratzenfabrik Schnittger vom 4. April 1936, Bl. 149; Firma Schnittger an Kreisleitung vom 25. April 1936, Bl. 148; Arbeitsamt Detmold – Az I/10237 Kü/Tö an Kreisleitung vom 12. Mai 1936, Bl. 148.
46. Garbe, Zwischen Widerstand und Martyrium, S. 153.
47. Auch eine Inhaftierung war nicht grundsätzliche Voraussetzung für ihre Entlassung, wie dies in bezug auf die Mannheimer Bibelforschergemeinde behauptet wird; Erich Matthias und Hermann Weber (Hg.), Widerstand gegen den Nationalsozialismus in Mannheim. Mannheim 1984, S. 417-431, hier S. 428.
48. Ortsgruppe Pivitsheide an Kreisleitung vom 7. August 1936, StA DT, L 113 Nr. 400, Bl. 129; Kreisorganisationsleiter an das Postamt Detmold vom 8. August 1936, Bl. 127; Postamt an Kreisleitung vom 13. August 1936, Bl. 128.
49. Gemeint sind Angehörige der NSDAP mit einer Mitgliedsnummer unter 100.000.
50. Heinrich B. an Kreisleitung Lemgo vom 20. April 1934, StA DT, L 113 Nr. 169, Bl. 151; Bescheinigung des Pastors Ruperti (Lüdenhausen) vom 18. April 1934, Bl. 153; Nationalsozialistische Kriegsopferversorgung, Bezirk Lippe an Kreisleitung Lemgo vom 5. April 1934, Bl. 156; Kreisleitung Lemgo an Reichspostdirektion Minden vom 7. Juni 1934, Bl. 139; Abteilung Minden der Reichspostdirektion Münster III B3 an Kreisleitung Lemgo vom 16. Juni 1934, Bl. 138.
51. Garbe, Zwischen Widerstand und Martyrium, S. 159.
52. Der Führer der Landespolizei III. IV.5.1. an den Landrat in Detmold; der Landrat Gesch. St. II an die Bürgermeister und Amtsmänner als Ortspolizeibehörden vom 5. September 1934, StA B, Blomberg III Nr. 928.
53. Verfügungen des Bürgermeisters als Ortspolizeibehörde vom 18. September 1934, StA B, Blomberg III Nr. 928.
54. Garbe, Zwischen Widerstand und Martyrium, S. 159f.
55. Garbe, Zwischen Widerstand und Martyrium, S. 169.
56. Der Tischler Eduard H. aus Pivitsheide VL wurde durch das Arbeitsamt nicht weitervermittelt, da er sich zuvor aufgrund seiner aus seinem Glauben motivierten Weigerung, Arbeit beim Detmolder Fliegerhorst anzunehmen, als Bibelforscher zu erkennen gegeben hatte. Bekannte (Landwirte/Kleingewerbetreibende) versorgten ihn mit Aufträgen; Interview mit Frau H. vom 19. Juni 1995. Privat unterstützt wurde auch der wegen seiner Bibelforscherzugehörigkeit als Maurer entlassene W. aus Bad Meinberg. Ein Verwandter half ihm finanziell, Interview mit Herrn W.W. vom 15. November 1995.
57. Garbe, Zwischen Widerstand und Martyrium, S. 171.
58. Garbe, Zwischen Widerstand und Martyrium, S. 173, 175ff.; ders.: „Gott mehr gehorchen als den Menschen“, S. 187.
59. StA DT, L 113 Nr. 961, Bl. 112, Unterschrift: Kriminal-Sekretär Koch, gesehen: Landespolizeiführer.
60. Garbe, Zwischen Widerstand und Martyrium, S. 179.
61. Garbe, Zwischen Widerstand und Martyrium, S. 188. Diese Formulierung geht auf Michael Kater zurück: Die Ernsten Bibelforscher im Dritten Reich, S. 200.
62. Zur Verschärfung der Kinderraubpraxis durch das Einwirken der Gestapo auf die Rechtsprechung der damit befaßten Zivilgerichte: Garbe, Zwischen Widerstand und Martyrium, insbesondere S. 192ff.
63. StA DT, L 113 Nr. 962, Bl. 66, 182. Aufgrund der geäußerten Selbstmord-, bzw. Tötungsabsicht war die Kreisamtsleitung der NSV zuvor zu der Auffassung gelangt, die vorbereitete Heim-Unterbringung der beiden Kinder vor der Mutter „noch ge-

- heim“ zu halten. Eine der beiden Töchter wurde in die Kindererziehungsanstalt Netelstedt eingewiesen.
64. L 113 Nr. 725/962, Bl. 58. Der Name des oder der Konzentrationslager, in das sie eingeliefert wurde, ist bzw. sind nicht überliefert. In einem anderen Fall entzog das Amtsgericht Horn einem bereits mehrfach verhafteten Bibelforscher aus Holzhausen-Externsteine das Sorgerecht über seine Kinder, StA DT, D 20 B Nr. 2566.
 65. Kunath, Die „Ernsten Bibelforscher“, S. 44.
 66. Kunath, Die „Ernsten Bibelforscher“, S. 45.; Garbe, Zwischen Widerstand und Martyrium, S. 217 und 219.
 67. Garbe, Zwischen Widerstand und Martyrium, S. 229f.
 68. So Garbe, Zwischen Widerstand und Martyrium, S. 239f.
 69. Kunath berichtet von im Mai 1936 vorgenommenen umfangreichen Verhaftungen im Bereich der Gestapostelle Dortmund, Die „Ernsten Bibelforscher“, S. 53. Die Bielefelder Gestapostelle war bei der Verfolgung von Bibelforschern auch über ihren Zuständigkeitsbereich hinaus 'erfolgreich' aktiv. So „rollte“ sie nach der Verhaftung der in Bielefeld festgenommenen Funktionäre Kurt Walter und August Drda aus Gründen eines raschen Zugriffs mit Genehmigung des Geheimen Staatspolizeiamtes in Berlin im Rheinland, in Westfalen und im Nordwesten des Reichsgebietes einen bis Mai 1938 bestehenden Apparat der IBV „auf“. Durch Bielefelder Beamte wurden dabei 50 Personen verhaftet und den betreffenden Gestapostellen zur Fortsetzung der Nachforschungen überstellt, „Bericht über die Aktion gegen die Internationale Bibelforscher-Vereinigung (IBV) im Westen des Reiches – 1938“, StA DT, L 113 Nr. 962; Bl. 261-278.
 70. Von den 122 Festgenommenen gehörten 84 zu den Dienstleiterbezirken Lippe (Dienstleiter Holste und 15 Mitglieder), Gütersloh (Dienstleiter Hermann Hunke und 21 Mitglieder), Bielefeld (Dienstleiter Lünenschloß und 4 Mitglieder), Bad Lippspringe (Dienstleiter Kusserow und 5 Mitglieder), Herford (Dienstleiter Hofmann und 20 Mitglieder), Bad Oeynhausen (Dienstleiter Johannsmeier und 8 Mitglieder), Bünde (Dienstleiter Oberschelp und 4 Mitglieder).
 71. Preußische Geheime Staatspolizei – Staatspolizeistelle für den Reg. Bez. Minden und die Länder Lippe und Schaumburg-Lippe B. Nr. II B1-1983/1936 an den Landrat in Bielefeld vom 8. August 1936, StA DT, M1 I P Nr. 654 Bd.II. Im Rahmen dieser Aktion zerschlug man auch die in Kirchlegern bei Herford angesiedelte 'Freie Bibelforschergemeinde', eine Abspaltung von der IBV.
 72. Garbe, Zwischen Widerstand und Martyrium, S. 244f.
 73. Kunath, Die „Ernsten Bibelforscher“, S. 67.
 74. Kunath, Die „Ernsten Bibelforscher“, S. 57ff; Garbe, Zwischen Widerstand und Martyrium, S. 243f.
 75. Interview mit Herrn S. vom 7. Juni 1995.
 76. Interview mit Herrn S.
 77. Detlev Garbe, Zwischen Widerstand und Martyrium, S. 243, 246ff. Zur Durchführung der Flugblattaktion vom Dezember 1936 in Westfalen: Christian Kunath, Die „Ernsten Bibelforscher“, S. 59f. Die Resolution ist abgedruckt bei Friedrich Zipfel, Kirchenkampf, S. 363-366.
 78. Gauleitung Westfalen-Nord – Gaupersonalamtsleiter – Bey/Fe. vom 14. Januar 1937, StA DT, L 113 Nr. 253, Bl. 144f. Im Bezirk der Gauleitung Westfalen-Nord waren die Flugblätter vornehmlich in der Stadt Münster und einigen „Orten des Ruhrgebiets“ verteilt worden.
 79. Detlev Garbe, Zwischen Widerstand und Martyrium, S. 243, 253f.

80. Detlev Garbe, *Zwischen Widerstand und Martyrium*, S. 256.
81. *Jahrbuch der Zeugen Jehovas*. Hrsg. von der Wachtturm Bibel- und Traktat-Gesellschaft. Wiesbaden 1974, S. 157f.
82. Staatspolizeistelle Bielefeld – Außendienststelle Detmold Tgb. Nr. – II D-1386/40 an die Kreisleitung der NSDAP vom 2. November 1940, StA DT, L 113 Nr. 962, Bl. 32.
83. Im Rahmen seines Wiedergutmachungsantrags von Strohmeier abgegebene Erklärung vom 10. September 1949, Stadtarchiv Lemgo, A 11507.
84. Vgl. hierzu Gerhard Hetzer, *Ernste Bibelforscher in Augsburg*. In: Martin Broszat u.a. (Hg.) *Bayern in der NS-Zeit IV. Herrschaft und Gesellschaft im Konflikt*, Teil C. München/Wien 1981, S. 621-643, hier S. 637.
85. Interview mit Günter Strohmeier (Enkel des damaligen Druckereieinhabers) und Paul M. vom 14. Juni 1995.
86. Zur Durchführung dieser Flugblattaktion in Westfalen am Beispiel einiger Großstädte der Ruhrgebietsregion: Christian Kunath, *Die „Ernsten Bibelforscher“*, S. 72ff.
87. Interview vom 14. Juni 1995.
88. Im Rahmen der nach dem März 1941 erfolgten Aufhebung der Selbständigkeit der Bielefelder Gestapostelle, die der Gestapoleitstelle Münster zugeordnet wurde und den Status einer Außendienststelle erhielt, wurde anscheinend die Gestapo-Außenstelle in Detmold – seit Mitte 1936 als Außendienststelle firmierend – aufgelöst. Dennoch gab es Gestapobeamte in Lippe. Sie waren in einem sogenannten Außenposten Lage zusammengefaßt, der zumindest seit Januar 1945 bestand.
89. Geheime Staatspolizei – Staatspolizeistelle Bielefeld – II B 1 – 1328/39 an die Landräte des Bezirks – Rundverfügung Nr. 21/39 – vom 22. März 1939, betr. IBV, StA B, Blomberg IV/231-00/5. Sogar Beerdigungen und die dabei vorgetragenen Ansprachen wurden überwacht. Ein solcher für Blomberg überlieferter Fall ist dokumentiert in Verfg. Blomberg, den 4. Januar 1936, der Bürgermeister als Ortspolizeibehörde an den Bürgermeister hierselbst, Sta B, Blomberg III Nr. 928.
90. Gestapo-Außendienststelle Detmold Tgb. Nr. – II D-1386/40 an die Kreisleitung der NSDAP, betr. politische Nachüberwachung des ehemaligen Schutzhäftlings Hermann Strohmeier vom 2. November 1940, StA DT, L 113 Nr. 962, Bl. 32; beispielhaft die Überprüfung des in Lemgo lebenden Bibelforschers Erich K. durch den Ortsgruppenpropagandaleiter Friedrich Fasse, dessen an den Ortsgruppenleiter der Ortsgruppe Lemgo-West gerichteter Überwachungsbericht vom 14. September 1939 mit der Empfehlung endet, K. in ein Lager zu verbringen, „wo er das Arbeiten lernt und erzogen wird“. Diese Empfehlung wurde durch die Ortsgruppe befürwortet und an die Kreisleitung weitergeleitet, die wiederum die Detmolder Gestapo mit der Bitte um Kenntnisnahme und weiterer Veranlassung informierte, Bl. 186ff.
91. Beispiel einer solchen Überstellung: H.S. (Interview v. 7. Juni 1995).
92. Beispiel einer solchen Überstellung: E. H. (Interview mit Frau H. vom 19. Juni 1995).
93. RGBI I (1933), S. 136. Siehe auch die gleichlautende Verordnung des preußischen Justizministers vom 23. März ds. Jahres. In: *Justiz-Ministerialblatt*, 95 Jg. (24. März 1933), S. 98.
94. Andreas Knobelsdorf, *Politische Strafjustiz in Ostwestfalen-Lippe von 1933 bis 1945 und ihre Verarbeitung nach 1945*. In: Gisela Diewald-Kerkmann, Kerstin Kunz, Andreas Knobelsdorf (Hg.), *Vor braunen Richtern. Die Verfolgung von Widerstandshandlungen, Resistenz und sogenannter Heimtücke in Bielefeld 1933–45*. (= Bielefelder Beiträge zur Stadt- und Regionalgeschichte; Bd. 10). Bielefeld 1992, S. 227.

95. Ralph Angermund, „Recht ist, was dem Volke nutzt“. Zum Niedergang von Recht und Justiz im Dritten Reich in Deutschland 1933–1945. In: Karl-Dietrich Bra-cher/Manfred Funke/Hans-Adolf Jacobsen (Hg.), Neue Studien zur nationalsozialisti-schen Herrschaft. (= Bundeszentrale für politische Bildung; Schriftenreihe Bd. 314). Bonn ²1993, S. 57-75, hier S. 69. Bereits in der Weimarer Republik hatte es Sonder-gerichte für politische Delikte und Wirtschaftsvergehen gegeben, wie zum Beispiel eines in Bielefeld, das von August bis zum Dezember 1932 bestand; Andreas Kno-belsdorf, „Das Recht wurzelt im Volk“, S. 40. Siehe hierzu auch Crohne (ohne Vor-name), Bedeutung und Aufgaben der Sondergerichte. In: Preußische Justiz. Rechts-pflege und Rechtspolitik, 95. Jg. Ausgabe A (21. September 1933), S. 384.
96. StA MS, Sondergericht Dortmund Nr. 1905.
97. Im Zeichen des Hakenkreuzes. Bielefeld 1933–1945. Katalog zur Ausstellung des Stadtarchivs vom 28. Januar – 20. März 1983, Bielefeld 1983, S. 100 (Erläuterung zum Bild E 47). Vgl. auch den Artikel „Ein Unverbesserlicher. Ein Lemgoer „Bibel-forscher“ verurteilt“. In: Lippische Staatszeitung vom 15. April 1939.
98. Andreas Knobelsdorf, „Das Recht wurzelt im Volk“, S. 43.
99. Gabriele Freitag, Der Einsatz von Arbeitskräften aus Osteuropa in der Landwirtschaft Lippes 1939–1945. Unveröffentlichte Magisterarbeit im Fachbereich Geschichtswis-senschaft/Osteuropäische Geschichte der Universität Frankfurt/M. 1992, S. 89. Ver-fahren vor dem Sondergericht Bielefeld, die lippische Bibelforscher betrafen in: StA DT, D 21 A Nr. 324, 1327, 1357.
100. Ralph Angermund, „Recht ist, was dem Volke nutzt“, S. 63.
101. Beispielsweise verurteilte das Sondergericht Hannover Paul M. zu sechs Monaten Gefängnis, StA DT Detmold, L 113 Nr. 717 Bd. 2, Bl. 807; Herbert S. verbrachte auf Anordnung desselben Gerichts während des Krieges sieben Monate im Gefängnis. Nach Beendigung der Haftzeit nahm ihn die Gestapo in 'Schutzhaft'. Über das Berliner Polizeigefängnis am Alexanderplatz wurde er in das Konzentrationslager Sach-senhausen verlegt, Interview vom 7. Juni 1995; Wilhelm K. wurde wenige Wochen vor Kriegsende vom Amtsgericht Lemgo zu drei Monaten Gefängnis verurteilt, StA DT, D 21B Nr. 247. Zur „milden“ Urteilspraxis siehe auch Detlev Garbe, Zwischen Widerstand und Martyrium, S. 263f.
102. Siehe hierzu Detlev Garbe, Zwischen Widerstand und Martyrium, S. 284ff.
102. StA DT, L 113 Nr. 962, Bl. 323.
104. Ralph Angermund, „Recht ist, was dem Volke nutzt“, S. 63.
105. Angermund konstatiert, daß es vor und während des 2. Weltkrieges in der politischen Rechtsprechung sowohl in der Gesetzesauslegung wie auch in der Anwendung der Strafmaße z.T. beträchtliche Unterschiede zwischen einzelnen Regionen bzw. Ge-richten gab; Ralph Angermund, „Recht ist, was dem Volke nutzt“, S. 70.
106. Ralph Angermund, „Recht ist was dem Volke nutzt“, S. 62f. Vgl. auch die vom Bie-lefelder Landgericht und dem Herforder Amtsgericht gegen Bibelforscher verhängten Urteile bei Monika Minninger, „Das Recht wurzelt im Volk“, S. 61ff.
107. Z.Hd. des Ersten Staatsanwalts Dr. Kesselböhmer. Zit. nach: Die Auflösung des Rechtsstaates 1933–1936. Hrsg. von der Justizakademie NRW und der Dokumenta-tions- und Forschungsstelle „Justiz und Nationalsozialismus“, Quelle 31b.
108. Interview vom 7. Juni 1995.
109. Zur Folterung von Bibelforschern in einigen Ruhrgebietsstädten siehe den Hinweis im zweiten Flugblatt. Herbert S. berichtet, daß er im Bielefelder Gefängnis an der Tur-nerstraße bei einem Verhör zwar geohrfeigt wurde und einen Fußtritt ins Gesäß er-

- hielt, jedoch keiner intensiv betriebenen Folter unterworfen war, Interview vom 7. Juni 1995. Vgl. hierzu auch Monika Minninger, „Das Recht wurzelt im Volk“, S. 65.
110. Von sieben im April 1941 verhafteten Blomberger Bibelforschern unterschrieben vier eine Verzichtserklärung, Interview vom 7. Juni 1995.
 111. Detlev Garbe, *Zwischen Widerstand und Martyrium*, S. 297 und Anm. 88.
 112. Detlev Garbe, *Zwischen Widerstand und Martyrium*, S. 258ff. Vgl. auch den Jahreslagebericht 1938 und den Vierteljahreslagebericht 1939 des Sicherheitshauptamtes, enthalten in Bd. 2 der „Meldungen aus dem Reich 1938–1945“. Die geheimen Lageberichte des Sicherheitsdienstes der SS. Hrsg. von Heinz Boberach. Herrsching 1984, S. 52 und 237.
 113. Detlev Garbe, *Zwischen Widerstand und Martyrium*, S. 322.
 114. Stimmungsbericht des Kreisobmannes der DAF, vermutlich Ende 1941 verfaßt. StA DT, L 113 Nr. 950, Bl. 292. Herbert S., der zu den Verhafteten gehörte, erwähnte sieben Verhaftete, Interview vom 7. Juni 1995.
 115. Nach Herbert S. gehörten von den in der oben erwähnten Gestapo-Statistik aufgelisteten 29 Bibelforschern lediglich 18 tatsächlich zu diesem Kreis, Interview vom 7. Juni 1995.
 116. Fernmündliche Mitteilung von Dr. von Boetticher, Nds. HStA vom 17. Mai 1995.
 117. Zitiert nach Detlev Garbe, *Zwischen Widerstand und Martyrium*, S. 338.
 118. Detlev Garbe, *Zwischen Widerstand und Martyrium*, S. 336f..
 119. Interview vom 7. Juni 1995.
 120. Detlev Garbe, *Zwischen Widerstand und Martyrium*, S. 367. Eine detailreiche Behandlung des Aspekts der Kriegsdienstverweigerung der 'Zeugen Jehovas' im gleichnamigen Kapitel bei Garbe.
 121. Das Schreiben des Wehrmachtbeauftragten datiert vom 21. Mai 1943, StA DT, L 113 Nr. 1054, Bl. 130f.
 122. Detlev Garbe, *Zwischen Widerstand und Martyrium*, S. 70.
 123. StA DT, D 21A Nr. 324.
 124. StA DT, D 21A Nr. 1327.
 125. StA DT, D 21A Nr. 1357.
 126. Dem aus Blomberg stammenden Bibelforscher halfen weder die Bemühungen seines Bruders, des dortigen Ortsbauernführers, wie auch die des dortigen Ortsgruppenleiters, über Wedderwille seine Haftentlassung zu bewirken, noch seine gegenüber der Detmolder Staatsanwaltschaft nach einem 'Gespräch' mit seinem Onkel, dem Rektor und Gauredner Wilhelm Tölle, bekundete Bereitschaft, „alles zu tun, was von mir verlangt wird“, StA DT, D 21A 1357.
 127. Am 4. April waren die Amerikaner auf wenig bewaffneten Widerstand stoßend bis in den Stadtkern vorgedrungen. Im Zeichen des Hakenkreuzes, S. 187. Am 18. März hatte das Sondergericht seine letzte Verhandlung außerhalb Bielefelds durchgeführt. Auf diese Weise sparte man Zeit und somit Kosten. Verhandlungen fanden außer in Bielefeld in Paderborn, Warendorf und Münster statt; Andreas Knobelsdorf, „Das Recht wurzelt im Volk“, S. 46.
 128. Vgl. hierzu Detlev Garbe, *Zwischen Widerstand und Martyrium*, S. 154.
 129. Detlev Garbe, „Gott mehr gehorchen als den Menschen“, S. 191.
 130. Manfred Koch, *Der Widerstand im deutschen Südwesten*, S. 423f.
 131. Walter Struve, *Die Zeugen Jehovas in Osterode am Harz. Eine Fallstudie über Widerstand und Unterdrückung in einer kleinen Industriestadt im Dritten Reich*. In: *Niedersächsisches Jahrbuch für Landesgeschichte* 62 (1990), S. 265-296, hier S. 280.

132. Der Faktor beträgt 0,03% und ergibt sich aus der Feststellung, daß der Bibelforscheranteil 1933 an der Gesamtbevölkerung eben diesen Prozentsatz ausmachte. Danach hätte es in Lippe bis zu 60 Bibelforscher gegeben.

Anhang

A Unveröffentlichte Quellen

Staatsarchiv Detmold

Landgericht Detmold
D 20 B Nr. 2566

Staatsanwaltschaft Bielefeld
D 21 A Nr. 324, 1327, 1357

Staatsanwaltschaft Detmold
D 21 B Nr. 247

NSDAP und NS-Organisationen in Lippe
L 113 Nr. 169, 191, 253, 346 Bd.1, 395, 400, 407, 433, 449, 461, 717 Bd. 2, 725, 950, 961, 962, 1045

Regierung Minden/Polizei
M 1 I P Nr. 55, 654 Bd. II

Hauptstaatsarchiv Hannover

Hann. 171a Hann. 107/83 Nr. 727

Staatsarchiv Münster

Sondergericht Dortmund Nr. 1737, 1738, 1905

Stadtarchiv Lemgo

A 12045

A 11507

Stadtarchiv Blomberg

Blomberg III Nr. 927, 928

Blomberg IV Nr. 231-00/5

Stadtarchiv Bielefeld

Kleine Erwerbungen, Dr. Monika Minninger

Stadtarchiv Horn

100-012

Literatur

Ralph Angermund, „Recht ist, was dem Volke nutzt“. Zum Niedergang von Recht und Justiz im Dritten Reich in Deutschland 1933 – 1945. In: Karl-Dietrich Bracher/Manfred Funke/Hans-Adolf Jacobsen (Hg.), *Neue Studien zur nationalsozialistischen Herrschaft.*, (= Bundeszentrale für politische Bildung; Bd. 314), Bonn ²1993, S. 57-75.

Heinz Boberach (Hg.), *Meldungen aus dem Reich 1938–1945. Die geheimen Lageberichte des Sicherheitsdienstes der SS*, Bd. 2, Herrsching 1984.

Chrono (ohne Vorname), *Bedeutung und Aufgaben der Sondergerichte*. In: *Preußische Justiz. Rechtspflege und Rechtspolitik*, 95. Jg. Ausgabe A (21. September 1933), S. 384.

Gabriele Freitag, *Der Einsatz von Arbeitskräften aus Osteuropa in der Landwirtschaft Lippe 1939–1945*, unveröffentlichte Magisterarbeit im Fachbereich Geschichtswissenschaft/Osteuropäische Geschichte der Universität Frankfurt/M. 1992.

Detlev Garbe, „Gott mehr gehorchen als den Menschen“. Neuzeitliche Christenverfolgung im nationalsozialistischen Hamburg. In: *Verachtet-verfolgt-vernichtet. Zu den vergessenen Opfern des NS-Regimes*. Hrsg. von der Projektgruppe für die vergessenen Opfer des NS-Regimes in Hamburg e.V., Hamburg 1986, S. 172-219.

Ders., *Zwischen Widerstand und Martyrium. Die Zeugen Jehovas im „Dritten Reich“*, München 1993 (Studien zur Zeitgeschichte. Hg. vom Institut für Zeitgeschichte; Bd. 42).

Gerhard Hetzer, *Ernste Bibelforscher in Augsburg*. In: Martin Broszat u.a. (Hg.), *Bayern in der NS-Zeit IV. Herrschaft und Gesellschaft im Konflikt*, Teil C, München u. Wien 1981, S. 621-643.

Hans Hüls, *Wähler und Wahlverhalten im Land Lippe während der Weimarer Republik*, Detmold 1974 (Sonderveröffentlichungen des Naturwissenschaftlichen und Historischen Vereins für das Land Lippe; Bd. 22).

Im Zeichen des Hakenkreuzes. Bielefeld 1933 – 1945. Katalog zur Ausstellung des Stadtarchivs vom 28. Januar – 20. März 1983, Bielefeld 1983.

Justizakademie NRW und Dokumentations- und Forschungsstelle (Hg.), *„Justiz und Nationalsozialismus“. Die Auflösung des Rechtsstaates 1933 – 1936*, (o.O.) 1990.

Michael Kater, *Die Ernsten Bibelforscher im Dritten Reich*. In: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* 17 Jg. (1969), S. 181-218.

Andreas Knobelsdorf, *Politische Strafjustiz in Ostwestfalen-Lippe von 1933 bis 1945 und ihre Verarbeitung nach 1945*. In: Gisela Diewald-Kerkmann/Kerstin Kunz/Andreas Knobelsdorf, *Vor braunen Richtern. Die Verfolgung von Widerstandshandlungen, Resistenz und sogenannter Heimtücke in Bielefeld 1933–45*, Bielefeld 1992, S. 197-270.

Manfred Koch, *Der Widerstand im deutschen Südwesten 1933–1945*. Hrsg. von Michael Bosch und Wolfgang Niess, Stuttgart 1984, S. 95-103

Christian Kunath, Die „Ernsten Bibelforscher“ in Westfalen 1933 bis 1945, unveröffentlichte Magisterarbeit der philosophischen Fakultät der Universität Münster 1992.

Erich Matthias/Hermann Weber (Hg.), Widerstand gegen den Nationalsozialismus in Mannheim 1984, S.417-431.

Monika Minninger/Bärbel Sunderbrink/Andreas Knobelsdorf (Hg.), „Das Recht wurzelt im Volk“. NS-Justiz im Landgerichtsbezirk Bielefeld. Katalog zur Ausstellung des Stadtarchivs Bielefeld vom 17. September bis 31. Oktober 1992 (Bielefelder Beiträge zur Stadt- und Regionalgeschichte; 11)

Dies., Politisch und religiös Verfolgte in Stadt und Kreis Bielefeld. Ein Überblick. In: Joachim Meynert/Arno Klönne (Hg.), Verdrängte Geschichte. Verfolgung und Vernichtung in Ostwestfalen 1933–1945, Bielefeld 1986, S. 39-76.

Hanne Pohlmann, Kontinuität und Bruch. Nationalsozialismus und die Kleinstadt Lemgo, Bielefeld 1990 (Forum Lemgo; 5).

Josef Steinberg, Widerstand und Verfolgung in Essen 1933–1945, Bonn-Bad Godesberg 1973 (Schriftenreihe des Forschungsinstituts der Friedrich-Ebert-Stiftung; Bd. 71).

Walter Struve, Die Zeugen Jehovas in Osterode am Harz. Eine Fallstudie über Widerstand und Unterdrückung in einer kleinen Industriestadt im Dritten Reich. In: Niedersächsisches Jahrbuch für Landesgeschichte Bd. 62 (1990), S. 265-296.

Friedrich Zipfel, Kirchenkampf in Deutschland 1933–1945. Religionsverfolgung und Selbstbehauptung der Kirchen in der nationalsozialistischen Zeit, Berlin 1965.

Zeitungen

Lippische Landeszeitung Nr. 103, 178

Lippische Staatszeitung Nr. 103

Lippischer Kurier (5. Mai 1933)

Interviewte

Frau H., Pivitsheide

Herr Paul M., Lemgo

Herr H. S., Blomberg

Herr Günter Strohmeier, Lemgo

Herr W.W., Bad Meinberg